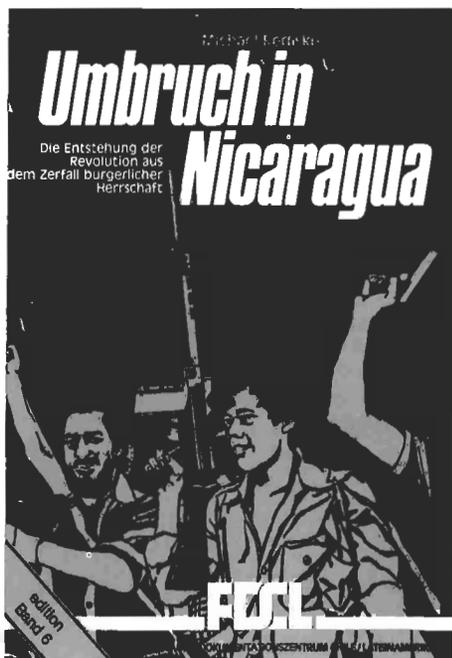


Michael Rediske

Umbruch in Nicaragua

Die Entstehung der
Revolution aus
dem Zerfall bürgerlicher
Herrschaft

Mit einem Vorwort von Peter von Oertzen



Die gegenwärtigen Schwierigkeiten in Nicaragua sind zweifellos vor allem durch die Destabilisierungs- und Kriegspolitik der US-Regierung bedingt. Erfolge und Fehlschläge dieser Intervention werden jedoch nur verständlich durch die Vorgeschichte der sandinistischen Revolution.

Der Autor beschreibt Aufstieg und Konsolidierung der Somoza-Diktatur (1933-1972), den Weg in die Regimekrise (1973-1977) und den mit ungeheurer Schnelligkeit ablaufenden Prozeß der Jahre 1978 und 1979. Der Volksaufstand konnte zwar den Gewaltapparat der Nationalgarde überwinden, nicht aber alle ideologischen Elemente bürgerlicher Herrschaft in Nicaragua. In der Geschichte des Kampfes gegen die Diktatur finden sich gleichzeitig die Wurzeln für heutige Konflikte.

Diese Analyse wendet sich gegen idealisierende Interpretationen der Revolution in Nicaragua, um der Gefahr entgegenzuwirken, "daß die für dieses Land existenznotwendige Solidarität zerrieben würde zwischen der Hochstilisierung und Vereinnahmung als revolutio-

näres 'sozialistisches' Vorbild und der Enttäuschung darüber, daß die nicaraguanische Wirklichkeit der blinden Hoffnung jener nicht gerecht wird, die an dieses Vorbild geglaubt hatten." (P. v. Oertzen im Vorwort)

256 Seiten

DM 19,80

ISBN 3-923020-04-X

Sie erhalten das Buch in Ihrer Buchhandlung oder bei:

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN - Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 135

12. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

März 1985

Solidaritätspreis DM 4,50



Weg in die "Freiheit"

Aus dem Inhalt:

BRASILien: Zwischen Kontinuität und Erneuerung – Widerstand gegen Tucuruí-Staudamm – **USA:** Zuflucht für Flüchtlinge aus Mittelamerika – **BOLIVIEN:** Traurige Bilanz zum Jahresende – **INDIANER:** Interview mit Las Casas – **JAMAICA:** Preisunruhen – **PAPSTREISE:** Jogging für Gott – **COSTA RICA:** Ein Bananenmulti geht seinen Weg

INHALTSVERZEICHNIS

Zu diesem Heft:	3
– BRASILIEN: Zwischen Kontinuität und Erneuerung	4
Nach der Finsternis, Licht	7
Widerstand gegen Tucuruí-Staudamm	11
– INDIANER: Interview mit Las Casas	23
– USA: Zuflucht für Flüchtlinge aus Mittelamerika	31
– BOLIVIEN: Eine traurige Bilanz zum Jahresende	35
Hommage an Luis Espinal	41
– JAMAICA: Jamaika schwelt	44
1984 – Ein Jahr der Stabilität und Ruhe	51
– CHILE: Zwei Aktien zum Preis von einer – Die Reprivatisierung der chilenischen Banken	57
Pathologischer Verbrecherclub unbestraft	60
– EL SALVADOR: Die Streikräfte kaufen Guerilla- Deserteuren Waffen ab	62
– LATEINAMERIKA: Papstreise: Jogging für Gott oder Streiten für Reagan	66
– COSTA RICA: Ein Bananenmulti geht seinen Weg	70
– SOLIDARITÄT: Replik zum Leserbrief deutscher Internationalisten in Nicaragua	75
– Filme der Welt – Für den Frieden der Welt	77
– ZEITSCHRIFTENSCHAU	79
– TERMINE	80

In der Titelbildmontage wurde ein Foto aus "Amerika anders" mit freundlicher Genehmigung des Elefantpress-Verlags verwendet.

Impressum
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
Jahrgang 12 der CHILE NACHRICHTEN
erscheint monatlich
(mindestens 11 Nummern pro Jahr)
ISSN 0174-6342
Redaktion: Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Christian Klemke
Druck: Movimento, Berlin-West
Redaktionsschluß: 14. Februar 1985

Abo-Preise:
Individuelles Abo DM 50,- / Übersee-Luftpost DM 70,-
Institutionen-Abo DM 65,- / Übersee-Luftpost DM 85,-

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird kalenderjahrweise berechnet, angefangene Jahre anteilmäßig.
Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich auf Postcheckkonto Berlin-West 662 83-103
Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur als Spende verbuchen.

Adresse:
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
Im Mehringhof
Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61
Tel. 030/693 40 29

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache gestattet.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1.6.1983

EIGENTUMSVORBEHALT
Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN GbR, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend zurückzusenden.



Zu diesem Heft

Es ist doch immer wieder überraschend, wie sehr manche Begriffe im Laufe der Geschichte verdreht oder verballhornt werden können: Jüngst rief Ronald Reagan, seines Zeichens Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, die Nation zur "zweiten amerikanischen Revolution" auf. In einer Art Regierungserklärung unterstreicht Reagan die führende Rolle der USA in der "freien" Welt und rechtfertigt in altbekannter Manier - d.h. ohne auf das daraus resultierende, riesige Staatshaushaltsdefizit ernsthaft einzugehen - die Hochrüstung der USA. Soweit nichts Neues, neu ist dagegen die Argumentation, "Unterstützung für Freiheitskämpfer ist Selbstverteidigung und mit den Chartas der OAS und der Vereinten Nationen völlig vereinbar"; gemeint sind damit ganz bestimmte "Freiheitskämpfer", nämlich die "von Afghanistan bis Nicaragua", wer hätte etwas anderes erwartet. Die Freiheitskämpfer in El Salvador, Guatemala und Chile üben selbstverständlich keine "Selbstverteidigung" aus, bei ihnen handelt es sich nämlich um "kommunistische Terroristen", die mit Unterstützung des sowjetisch-kubanischen Blocks und der "Diktatur der Sandinisten in Nicaragua" agieren. So einfach ist das Weltbild des Herrn Reagan ... Und was müssen die Menschen in den Gefängnissen und Folterzentren in Chile, El Salvador und anderen Ländern denken, in denen mit US-amerikanischer Hilfe rücksichtslose Regimes an die Macht gekommen sind, wenn sie aus dem Munde des US-Präsidenten hören, die Freiheit sei das Recht aller Kinder Gottes.

Dies ist sicher nicht der einzige Satz, den Reagan und der Papst, der soeben eine weitere Lateinamerika-Reise unternahm, gemeinsam unterschreiben könnten. So ist z.B. die päpstliche Schelte gegen die Befreiungstheologen, die ihre seelsorgerische Aufgabe auch als Kampf für die soziale Gerechtigkeit verstehen, durchaus im Rahmen der Reagan'schen Politik gegen die Umtriebe von "kommunistische(n) Terroristen" in Lateinamerika zu sehen. Weniger enig sind sich die beiden auf dem Gebiet der Familienpolitik, wenn nämlich Reagan die Familienplanung in Dritte-Welt-Ländern massiv befürwortet, die ewig gestrigen Männer im Vatikan sie jedoch verdammen.

Etwas Erfreuliches gibt es noch aus diesem unseren Lande zu berichten: Die Fraktion der Grünen im baden-württembergischen Landtag hat beschlossen, die zusätzlichen Einnahmen aus einer gegen ihre Stimmen durchgesetzten Diätenerhöhung von Juli 1984 - insgesamt DM 27'000,- pro Jahr - im Internationalismus einzusetzen, wobei ein Projekt in Eritrea, eins in Senegal und eins in Nicaragua (Agrarreform) unterstützt werden. Die LATEINAMERIKA NACHRICHTEN können den Grünen in Stuttgart zu dieser Entscheidung nur gratulieren!

BRASILIEN

Zwischen Kontinuität und Erneuerung

Der am 15. Januar gewählte Präsident Brasiliens, Tancredo Neves, wird sein Amt am 15. März antreten (siehe LN 134). Seine Regierung will er aber erst nach dem Karneval vorstellen.

Kurz nach seiner Wahl durch ein Wahlmännerkollegium trat Tancredo eine ausgedehnte Auslandsreise an, die ihn in die USA, nach Europa und andere lateinamerikanische Staaten führte. Schon in der Aufmachung setzte Tancredo neue Maßstäbe, die von der brasilianischen Presse wohlwollend zur Kenntnis genommen wurden. Während sein Vorgänger Figueiredo bei Auslandsreisen noch 3 Jets für sich und seinen Hofstaat, inklusive Schmirker und Frisöre, beanspruchte, reiste Tancredo ohne viel Aufwand mit seinen 13 Begleitern nur auf Linienflügen. Teure Feiern in den brasilianischen Botschaften ließ er absagen.

Lockerheit und Nüchternheit prägten den Stil mit dem er seine Botschaft im Ausland an den Mann brachte: die Stärkung der neuen brasilianischen Demokratie hängt von dem Erfolg des wirtschaftlichen Programms ab, also auch von dem Wohlwollen der internationalen Banken und der Regierungen der westlichen Hemisphäre. Nicht zufällig war das erste wichtige Reiseziel die USA. Obwohl er für technische, nicht politische Umschuldungsverhandlungen eintritt, gab er in den USA jedoch zu verstehen, daß eine politische Lösung angebracht wäre, wenn alle technischen Lösungen erschöpft seien. Im Klartext: stellt keine unakzeptierbaren Forderungen an meine Regierung und wir werden alle in der Vergangenheit eingegangenen Verpflichtungen auch erfüllen.

In Portugal wurde Tancredo Neves ein Wunsch erfüllt, den in der Ex-Kolonie Brasilien viele Intellektuelle im Geheimen hegen. Er verließ das Land mit der Ehrendoktorwürde der ältesten portugiesischen Universität Coimbra. Nach Unterredungen mit den Sozialisten Felipe Gonzales und Mitterrand sowie dem Papst in Rom jettete er zurück nach Lateinamerika. In Mexiko wurden Erfahrungen über Umschuldungsverhandlungen ausgetauscht, in Peru informierte sich Tancredo über die Probleme der

Redemokratisierung. In Argentinien zeigte Tancredo reges Interesse für den gerade von der Regierung Alfonsin durchgesetzten 30 tägigen Sozialpakt.



Tancredo und seine Minister in spe (Aus "Folha de Sao Paulo")

Während so Tancredo sein demokratisches Image vermarkten konnte und alle geflissentlich darüber hinwegsahen, daß er nicht demokratisch, sondern noch innerhalb der Spielregeln der Diktatur gewählt wurde, zeigte die breite Einheitsfront, die seine Kandidatur getragen hat, die ersten Risse.

Vor der Abfahrt hatte Tancredo in seiner ersten Pressekonferenz nach seiner Wahl erklärt, daß er die Zusammensetzung seiner Regierung nicht vor Karneval bekannt geben würde. Später ließ er verbreiten, daß er sich keinen Minister aufzwingen lassen würde. Gerade das aber versuchen die verschiedenen politischen Gruppierungen, die seine Wahl ermöglicht haben. Seit Monaten läuft das Postengerangel auf Hochtouren (siehe auch LN 134). Absehbar war bei Redaktionsschluß, daß im Wirtschaftsbe-
reich Tancredo die wichtigsten 4 Posten (Wirtschaftsministerium, Planungsministerium -Seplan-, Zentralbank

und Banco do Brasil) mit Vertrauenspersonen besetzen will. Als praktisch sicher gilt der Neffe Tancredos, Dornelles, für das Wirtschaftsministerium. Da der ehemalige hohe Finanzbeamte persönlicher Freund von Altminister Simonsen ist, ist auch dieser für einen Ministersessel wieder im Gespräch... Die reputierten und reformfreudigeren Ökonomen der Universität Campinas (Sao Paulo), die eine wichtige Rolle in der Kommission zur Erarbeitung der zukünftigen Regierungspolitik (COPAG) spielten, werden wohl kaum ihre Vorstellungen auf Bundesebene durchsetzen können. Damit hätten sich, zumindest in der Wirtschaftspolitik, die "continuistas" zugunsten der "reformistas" durchgesetzt.

Tancredo vertraut eben auf die Gesundung Brasiliens durch die freie Marktwirtschaft und die Beschneidung der in 20 Jahren Diktatur ausgewucherten Bürokratie. Deswegen will er vor allem den Unternehmerkreisen mehr Anteil an der Macht gewähren. Er erklärte: "Nach 20 Jahren Technokraten an der Macht ist jetzt die Stunde gekommen, aus Unternehmern Minister zu machen".

Diese Entwicklung ruft selbstverständlich Protest bei all denen hervor, für die die Verbesserung der katastrophalen Lebensbedingungen der Bevölkerung die Haupt Sorge ist. Innerhalb der PMDB erklärte der Gouverneur von Paraná, Richa, in einem Aufsehen erregendem Interview, daß er Tancredo im Falle einer "kontinuistischen Politik" die Unterstützung entziehen werde. Noch deutlicher äußerte sich der Erzbischof von Fortaleza im Nordosten, Aloisio Lorscheider: Die Kirche wird sich gegen Tancredo stellen, wenn dieser das (bisherige) Bündnis von Militärs nur durch ein Bündnis von Eliten ersetzt.

Das endgültige Ausscheren von einzelnen Gruppen aus der ihn tragenden "Aliança Democrática" hat Tancredo bis jetzt durch diese Hinhaltenaktik verhindern können. Spätestens am 15. März aber werden die ersten wichtigen Entscheidungen fallen müssen. Ob sich seine Unternehmerminister auch für den "Kampf gegen die Armut" eignen, in der Absichtserklärung Tancredos immerhin noch als Hauptziel seiner Politik aufgeführt, wird sich spätestens dann zeigen.

Ein Unternehmer aus Rio zumindest macht schon jetzt gute Geschäfte mit Tancredo. Er hat über 20.000 Karnevalsmasken mit Tancredos Konterfei, sog. "Tancredinhos" (Tancredochen) abgesetzt, und will bis Karneval 100.000 Stück verkaufen.

Quellen: Folha, Senhor, Veja, Isto E.

Nach der Finsternis, Licht

Am 22. November 1984 wurde das Wasserkraftwerk Tucuruí eingeweiht. Zu diesem Anlaß übersetzten die LN einen Artikel von Paulo Süß, vom Brasilianischen Indianermissionsrat CIMI, der in der Dezembernummer des PORANTIM, der Zeitung zur Verteidigung der "causa indígena" erschien (Caixa Postal 11.1159, 700 70 Brasília DF).

Während die Lichter des 64er Regimes verlöschen, wird das Wasserkraftwerk Tucuruí eingeweiht. Die offizielle Propaganda möchte uns glauben machen, daß wir alle vor 20 Jahren noch in mittelalterlicher Finsternis lebten. Die "Revolution", die uns das Licht geschenkt hat - die die Nation wie einen Zögling hochgezogen hat - und das Volk wie einen Kriminellen behandelt hat -, wird unsere Zukunft weiterhin mit Megawatt nach Belieben beleuchten.

Heute werden Wasserkraftwerke sowohl in kapitalistischen als auch in sozialistischen Ländern gebaut. Sie sind für sich genommen unschuldig. Wenn sie von der regionalen Bevölkerung angenommen und demokratisch von der Nation kontrolliert werden, können sie dem Menschen saubere Energie ohne Umweltverschmutzung und ohne die mit der Atomkraft verbundenen Risiken liefern. Sie können billiger und sozialer Energie für die Entwicklung der Produktivkräfte für das Wohlergehen aller produzieren als die Kohlekraftwerke. Schließlich können sie zur alternativen und unabhängigen Energiequelle werden, die die knappen Rohstoffe und die importierten Brennstoffe ersetzt.

Das Wasserkraftwerk Tucuruí schafft jedoch weder saubere, noch unabhängige, noch soziale Energie. Bevor sie ein einziges Kilowatt liefert, hat der Tucuruíkomplex dem Land die finsternen Skandale der Capemis (Abholzungs-gesellschaft), den "Fall" Baumgarten, des Nationalen Sicherheitsdienstes (SNI), der Nationalen Kreditbank (BNCC) 1) und der Eletronortegesellschaft beschert. Eine Hydra von lauter "Fällen". Der Bankrott der Capemi ließ Hölzer im Wert von einer Milliarde Dollar von den Wassern des Tocantins-Flusses verschwinden. Die versenkte Vegetation ist nicht nur verlorenes Kapital, sie ist auch eine Bedrohung mit gefährlichen Giften. Das Wasserkraftwerk von Curua Una in der Nähe von Santarem, wo die Fläche des späteren Stausees auch nicht vorher abgeholzt worden war, hat zum Beispiel einen schwefelhaltigen Geruch hervorgebracht, der die Bevölkerung bis auf 60 km Entfernung belästigte.

Nach 5 Jahren Tätigkeit waren die Stahlgehäuse beider Turbinen von Curua Una von dem angesäuerten Wasser zerfressen.

Im Stausee von Tucuruí, der sich über 216.000 ha Land erstreckt, verfaulen jetzt etwa 20 Millionen Kubikmeter Holz guter Qualität. Die überschwemmte Vegetation liefert Wasserpflanzen Nahrung, die die Wasseroberfläche zu bedecken drohen. Der Bericht des von der Weltbank entsandten Anthropologen Goodland mit seinen Warnungen vor den Krankheitsrisiken (Malaria und esquistosomose), vor Säure und vor ökologischem Ungleichgewicht wurde praktisch von der Eletronorte ignoriert.

Tucuruí hat - von den Auslandsschulden und der steigenden inneren Inflationsrate finanziert - die Abhängigkeit des Landes vergrößert. Die brasilianische Elektrizitätsgesellschaft Eletrobras, die in ihrem elektrischen Strom die Eletronorte, CHESF, FURNAS und Eletrosul(2) vereinigt, ist heute für 10% der brasilianischen Auslandsschulden verantwortlich. Die reichliche und billige Energie von Tucuruí wird von den Industrieprojekten Alumar (Aluminium), Albras (Aluminium Rohstoff und reine Tonerde), Carajás (Eisen) und Alunorte (reine Tonerde) verbraucht. Hinter diesen Namen verbirgt sich der subventionierte Raub von Mineralien zum Wohle des multinationalen Kapitals. Für das Land bleibt also die Auslandsschuld und die Erbschaft von "serras peladas" ("nackte Erde", auch der Name von einem der Orte, an dem Tausende im Tagebau unter extrem harten sozialen und physischen Bedingungen Gold suchen) und Kratern einer apokalyptischen Landschaft.



Die alte Stadt Tucuruí bezeugt, daß das Werk nicht in Funktion der Region und ihrer Bevölkerung erstellt wurde. Etwa 19 000 Personen wurden von ihrem Land vertrieben. Die GETAT (3) und die Eletronorte haben 706 Familien auf dem Land der Indios Parakanã wieder angesiedelt, auf dem Land des Volkes, das seit seinem ersten Kontakt mit der nationalen Gesellschaft 1971 (durch den Bau der Transamazônica) schon sechsmal umgesiedelt wurde und heute noch aus 138 Überlebenden besteht. Jetzt bedrohen die Parakanã mit Pfeil und Bogen in der Hand diejenigen, die vor dem See flüchteten. Die Präsenz des Oberst Zanoni Hausen, des Erfinders der Blutskriterien für das Indianertum in der staatlichen Indianerschutzbehörde (FUNAI 1972) in dem Raum 12 10/B der Eletronorte, als besonderer Beirat für Indianerfragen, ist genauso ein Skandal wie die Anwendung von Tordon 155, das ein Bestandteil von "agente orange" ist, das zur Entlaubung des Waldes für die 214 km lange Hochspannungsleitung entlang der Straße PA-150 verwandt wurde.

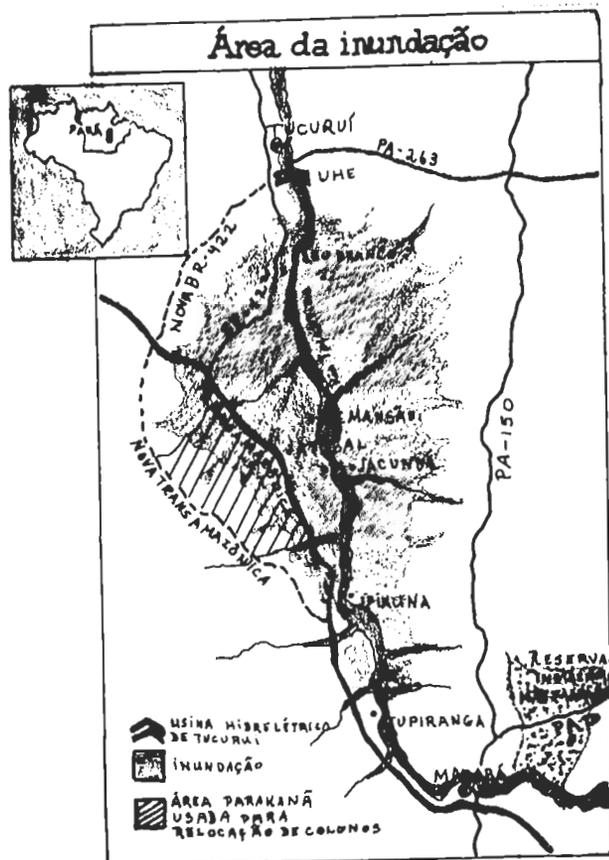
Das neue Tucuruí mit Schule, Krankenhaus, Schwimmbad und Supermarkt und das alte, das aus dem Elendsviertel der anderen besteht, symbolisieren nicht zwei Epochen. Sie symbolisieren vielmehr zwei Klassen ein und derselben Gesellschaft. Seit dem 7. Oktober kampieren zwischen 300 und 2.000 Enteignete neben dem alten Friedhof des Elendsviertels Tucuruí. Sie fordern das Land, das vom Landstatut vorgesehen ist, sowie eine gerechte Entschädigung, um ihre Arbeit wieder aufnehmen zu können. Für sie hat Tucuruí kein Licht gebracht. Wer Energie produziert gegen den Menschen in seinem eigenen Land und seiner eigenen Wohnung, schafft Finsternis. Das Wasserkraftwerk von Tucuruí ist das letzte Mausoleum des autoritären Regimes. Die Asche, die dort aufbewahrt wird, erinnert an die dunkelste Epoche der brasilianischen Geschichte. Nach dieser Sintflut wird der Regenbogen - Symbol des Friedens und der Hoffnung auf eine neue Gesellschaft - das Werk des Obdachlosen von Tucuruí, der Arbeiter und Indios und ihrer Brüder in diesem Land und im Ausland sein, die weitergehen als zu den Friedhöfen und den gigantischen Mausoleen und Widerstand leisten "damit die Gerechtigkeit überlebt".

- 1) BNCC - Banco Nacional de Crédito Cooperativo
- 2) CHEFS - Companhia Hidro-Elétrica do São Francisco
FURNAS - Central Elétricas S.A.
Die vier Gesellschaften sind in unterschiedlichen Regionen Brasiliens aktiv: Eletronorte - Norden; CHEFS - Nordosten; FURNAS - Südosten; Eletrosul - Süden. Darüberhinaus gibt es noch eine Gesellschaft für die Region Zentrum/Westen.
- 3) GETAT - Grupo Executivo das Terras do Araguaia/Tocantins
Dem Nationalen Sicherheitsdienst unterstellte Gesellschaft, die in verschiedenen Bundesstaaten riesige Ländereien der Union verwaltet, um damit die relative Autonomie der Bundesstaaten unterlaufen zu können.

Porantim, eine monatliche Publikation des Indianermissionsrates/ CIMI, bedeutet in saterê-mauê: Ruder, Waffe, Erinnerung.

Es ist zu beziehen über CIMI/PORANTIM
Caixa Postal 11.1159
70070 Brasília DF
BRASIL IEN

Diese Zeitschrift zur Information, Analyse und Anklage entstand vor sieben Jahren zur Unterstützung der Indianervölker.



Widerstand gegen Tucuruí

DIE BEWEGUNG ZUR VERTEIDIGUNG DES LEBENS

Marga Rosa Rothe ist Mutter von 3 Kindern und evangelische Pastorin. Sie lebt seit langer Zeit in Belem, der Hauptstadt des nördlichen Staates Pará. Das Gespräch fand am Abend des 22. November 1984 statt, nachdem der Präsident Figueiredo den viertgrößten Staudamm der Welt, Tucuruí, eingeweiht hatte, gegen dessen Bau und gegen die mit ihm verbundenen sozialen und ökologischen Schäden war die Bewegung zur Verteidigung des Lebens angetreten.

L.N.:
Fangen wir vielleicht damit an, daß ihr dieses "Movimento em Defesa da Vida" gegründet habt, um auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die mit dem Bau des Tucuruí-Staudammes verbunden sind. Wann war das?

M.R.R.:
Wir haben uns eigentlich schon Ende vorigen Jahres versammelt, um ein Seminar zu veranstalten. Erst einmal vermuteten wir, daß die Pestizide auch hier angewendet wurden, in diesem Gebiet, über das die Hochspannungsleitung gespannt ist, um die Pflanzen dort zu entfernen. Und da haben wir uns schon seit Dezember '83 versammelt, um mit sämtlichen Gruppen und Organisationen hier in der Stadt zu beraten, was man da unternehmen könnte.

L.N.:
Und welches sind die Organisationen, die aufgeschlossen sind?

M.R.R.:
Es fing mit Leuten aus dem Landwirtschaftsministerium dieses Staates Pará an und auch mit dem Gesundheitsministerium sowie mit der Menschenrechtsgesellschaft von Pará. Dazu kamen einige Gemeinden und verschiedene Berufsvereinigungen, Ingenieure, Ärzte, Soziologen, Anthropologen, Universitätsprofessoren, Studenten. Praktisch von sämtlichen Schichten waren Vertreter dabei.

..N.:
Auch Vertreter vom Land?

M.R.R.:
Vom Land, die hatten ihre eigene Organisation. Erst später wurde eine Zusammenarbeit ermöglicht durch die Versammlung. Auf dem Land haben

die schon angefangen, sich in 1978 zu organisieren. Direkt nachdem sie von der Electronorte (staatliche Elektrizitätsgesellschaft, die den Staudambau unternimmt) enteignet wurden. Sie haben sofort gemerkt, daß die Electronorte sie erst einmal sehr schlecht behandelt und bedroht hat. Sie durften die ganzen Jahre lang ihr Land nicht bearbeiten. Die vom Land haben Land verloren und die von den kleinen Dörfern haben ihre Häuser verloren und nichts dafür bekommen. Viele Leute wurden praktisch gezwungen, unbeschriebenes Papier zu unterschreiben. Und da wurde dann eine ganz minimale Summe drauf geschrieben, die ihnen dann als Entschädigung überreicht wurde. Da waren ganz lächerliche Beträge dabei, was da die Leute für ihre Eigentümer bekommen haben. Und erst daraufhin sind einige Leute darauf gekommen, daß man sich eigentlich organisieren müßte.

L.N.:

Waren auch Vertreter der Parakanã-Indianer oder Leute vom Indianermissionsrat dabei?

M.R.R.:

Die sind dann später dazu gekommen, weil die Parakanã-Indianer ihr Land, ihr Gebiet vom INCRA (staatliche Agrarreformbehörde) und von der GETAT (Grupo Executivo das Terras do Araguaia/Tocantins = vom Nationalen Sicherheitsrat eingesetzte Gruppe zur Verwaltung von Ländereien des Bundes) geraubt bekamen.



Die INCRA hat Kolonisten in das Land der Parakanã gesetzt. Und dann haben sich die Kolonisten auf diesem Parakanã-Gebiet auch wieder organisiert. Also es sind verschiedene kleine Organisationen entstanden, und die sind erst vor kurzem so zusammengefaßt worden, weil die Verbindung und Vermittlung auf dem Lande auch ganz schwierig ist. Wir hatten zum Beispiel eine zeitlang hier vom Movimento em Defesa da Vida jeden Montag Versammlung. Und zu diesem Montag, das war immer in einer Kirche, da wurde dann die Verbindung hergestellt. Also alles über Belem, die Hauptstadt des Staates Pará. Die praktisch gar nicht weit auseinander gelegenen kleinen Ortschaften und Dörfer konnten sich nicht direkt miteinander verbinden.

L.N.:

Warum?

M.R.R.:

Weil es keine Möglichkeiten gibt. Die Electronorte hat dieses Gebiet ganz schwer kontrolliert. Also das heißt, die Vermittlung ist nicht erwünscht. Sie bekommen keine Zeitung und das Radio bringt nur das, was der Regierung günstig ist. Und Post kommt auch nicht hin. Und wo es einen Telefonposten gibt, da haben diese Leute, Gewerkschaften oder Gemeindegruppen, dann jemanden zum Telefonposten hingeschickt, und der hat dann die Vermittlung über Belem hergestellt, so daß wir hier der Knotenpunkt waren, wo die Vermittlungen dann weitergegeben wurden. Danach haben sich die, die über dem Staudamm liegen, extra organisiert ebenso wie die, die unter dem Staudamm liegen. Beide sind erst in diesem Jahr zusammengekommen durch dieses Movimento em Defesa da Vida.

DER ZUSAMMENSCHLUSS DER BÜNDNISPARTNER

Wir hatten uns, wie ich schon sagte, seit Dezember versammelt. Dann kam Weihnachten dazwischen, das neue Jahr, die Ferien und dann haben wir das erst wieder im Februar aufnehmen können und haben ein Seminar über 'agrotóxicos', über die Pestizide, veranstaltet. Und das war geradezu zu einem glücklichen Termin, weil gerade ein Treffen von Landarbeitern und Gewerkschaftsvertretern hier in Belem war. Die sind dann alle mitgekommen zum Seminar und daraufhin ist dann erst mal dieses Movimento em Defesa da Vida entstanden. Also es waren zunächst noch zwei parallele Organisationen.

L.N.:

Welche zwei?

M.R.R.:

Direkt vom Staudamm Betroffene und die anderen, die unterhalb vom Staudamm wohnen, wo der Tocantins-Fluß dann austrocknet ist. Sie wußten schon, daß der Fluß austrocknen würde. Es haben aber nur die.

gewußt, die ein bißchen mehr informiert sind und auch ein bißchen mehr Bewußtsein hatten. Die anderen haben das überhaupt nicht geglaubt, daß der Fluß eines Tages trocken sein sollte. Und da haben die Leute gemerkt, daß doch etwas getan werden müßte, denn der Fluß trocknete plötzlich aus, und die Leute lebten vom Fluß, vom Verkehr auf dem Fluß, von den Fischen und von allem, was sich rings um den Fluß herum abspielt. Und es war ganz unmöglich, all ihre Gewohnheiten in kurzer Zeit umzustellen. Und da sind dann diese beiden Initiativen, die erst einmal jede für sich gearbeitet hatten, zusammengekommen. Gleich danach, Anfang April, als das Seminar zu Ende war, wurde dann dieses Movimento gegründet. Da wurde vorgeschlagen, diese beiden Organisationen zusammenzufassen, indem wir hier in der Stadt die Organisationsarbeit dort unterstützen und auch dorthin weiterleiten.

L.N.:

Vielleicht sollte man jetzt einmal kurz rekapitulieren, was genau vorgefallen war.

DAS RIESENGESCHÄFT IN- UND AUSLÄNDISCHER GROSSUNTERNEHMER

M.R.R.:

Also da müßte man damit anfangen, daß hier in Bar carena zwei Aluminiumwerke gebaut worden sind: ein Aluminawerk und ein Aluminiumwerk. Das eine erzeugt den Rohstoff für das andere. Das wurde von Japan beantragt, weil Japan viel Aluminium braucht und nirgends in der Welt das Aluminium und den Strom so billig bekommen hat. Diese beiden Werke wurden von oben herab in Ministerbüros zusammen mit den Japanern entwickelt, ohne daß sich die hiesige Bevölkerung und die Abgeordneten dabei beteiligen durften. Also ist die hiesige Regierung des Staates Pará nicht danach gefragt worden und die Bevölkerung erst recht nicht. Und um diese beiden Werke mit Strom zu versorgen, mußte eben in Tucurui der Staudamm gebaut werden. Durch diesen Staudamm sind tausende von Familien enteignet worden, andere tausende Familien sind angelockt worden durch diese ganze Propaganda, durch dieses Eldorado hier, wo man schon genau weiß, daß diese Leute nur solange gebraucht werden, solange gebaut wird. Danach ist für die Leute nichts mehr da. Kein Land, keine Arbeit, kein Essen, keine Schule, gar nichts. Diese ganzen Städte, die um diese Projekte gebaut und vergrößert wurden, wie Tucurui, waren vor weniger als 10 Jahren noch Ortschaften mit ca. 5.000 Einwohnern. Heute sind es über 50.000, fast 100.000 Einwohner. Ohne jede soziale Infrastruktur sind diese Kleinstädte wahnsinnig gewachsen: Marabá, Tucurui und diese ganzen Städte hier in der Nähe, die im großen Carajas-Projekt liegen. Die Sozialkosten, die Sozialschulden, die kommen dann auf den Staat zu, auf den Staat Pará, der auch an Steuergeldern so gut wie überhaupt keinen Gewinn hat, weil diese großen Unternehmen

alle von Steuern und Zoll und so weiter befreit werden. Da wird natürlich mit Hilfe der Presse den Brasilianern erzählt, daß das eben für den Fortschritt wichtig ist, daß dort sehr viel Strom geschaffen wird und sehr viele Arbeitsplätze entstehen. In Wirklichkeit geht es den Leuten, die um diese großen Wunderwerke herum wohnen, immer schlechter. Die etwas Land wieder bekommen haben, haben alle weniger als die Hälfte Land wieder bekommen, weit weg ohne Straßenverbindung und ohne jegliche Unterstützung bei der Bearbeitung des Landes. Die mußten wieder von neuem anfangen und hatten natürlich keine Möglichkeit dazu. Und außerdem bekommen diese beiden Werke den Strom 15 % billiger. Sie werden in der 1. Phase 60 % des ganzen erzeugten Stromes verbrauchen. Der Strom, der hier nach Belem kommt, geht durch das Werk durch und dann wird er erst nach Belem weitergeleitet. Wenn dort etwas schief geht, wird Belem dunkel geschaltet, weil im Werk der Strom nicht fehlen darf. Und diese 15 %, die dort eingespart werden, die muß der nationale Verbraucher natürlich bezahlen. Unsere Rechnungen steigen jeden Monat. Wir zahlen heute schon den Unterschied, der den Ausländern, den Japanern geschenkt wird.

Und nicht nur die Ausländer, sondern auch die großen Unternehmer, die aus dem Süden herkommen, werden von verschiedenen Steuern befreit. Die ersten 10 Jahre bezahlen sie keine Steuern. Meistens verdienen die ausländischen Unternehmer auch hier im Land soviel, daß sie nicht alles rausschicken dürfen, das wird dann hier im Amazonasgebiet investiert. Daran verdienen sie dann auch doppelt und dreifach. Und diese staatlichen Anreize (incentivos fiscais), die von den Steuern unten im Süden bezahlt werden, die eigentlich dazu dienen sollten, um hier die Entwicklung zu fördern, die kommen dann wieder in die Hand der gleichen Unternehmer hier. Also hat z.B. Volkswagen große Verbände hier, viele ausländische Unternehmer und auch natürlich viele nationale. Das geschieht ja alles mit Bewilligung der Regierung.

L.N.:

Was gibt es denn noch an staatlichen Anreizen neben dem Steuererlaß für die großen Unternehmen?

M.R.R.:

Die Steuer auf die Waren, die hier herausgehen, wird auch erlassen. Es kommen so gut wie gar keine Steuern dem Staat zugute.

L.N.:

Auch nicht der Zentralregierung?

M.R.R.:

Der Zentralregierung schon etwas. Aber im Gegensatz zu dem, was sie hier an Infrastruktur zu investieren hat, ist es nicht viel. Und da wird immer gesagt. Tucurui ist dazu da, um unsere auswärtigen Schulden zu bezahlen, wo man genau weiß, daß die Schulden immer mehr steigen durch diese großen Unternehmen.

DIE ÖKOLOGISCHE KRIMINALITÄT

L.N.:

Dann wollen wir jetzt vielleicht mal im größeren Zusammenhang darauf kommen. Was war das mit den Argotoxicus oder sagen wir besser, wie ist genau der Ablauf dessen, was Electronorte versprochen hat, was hat sie gehalten, was hat sie nicht gehalten?

I.

M.R.R.:

Zuerst einmal das mit dem "Aqrotoxicus". Da haben wir hier verschiedene traurige Geschichten miterlebt. Vor zwei Jahren hat die Electronorte andere Unternehmen damit beauftragt, das Gebiet unter der Stromleitung von Vegetation freizuhalten, gleichzeitig hat sie aber empfohlen, sie sollen Tordon anwenden, Tordon 155 und 101, die sehr dioxinhaltig sind. Und dies wurde noch mit anderem Pulver vermischt, das auch die Samenkörner tötet. Und da wurde nicht nur das Unkraut unter der Stromleitung erledigt, sondern auch Familien und Viehzeug und Plantagen. Das war vor Jahren. Auf einmal sind sehr viele Leute dort gestorben. Das war eine regelrechte Fehlgeburtenepidemie dort. Niemand ist darauf gekommen, was das sein könnte. Die Leute haben nur gemerkt, seitdem das Pulver gestreut wurde, sind sie krank geworden. Der Wind hat das Pulver noch weiter verbreitet. Viele von diesen einfachen Bauernfamilien haben angenommen, ihr Haus wäre verhext. Alles Viehzeug ist gestorben, Enten und Hühner. Es ist erst an die Öffentlichkeit gekommen, nachdem große Facenderos sehr viele Rinder verloren haben. Manche haben über 1.000 Stück Rinder verloren. Und es gibt auch zwei Facenderos, die selbst sehr krank geworden sind. Der eine hat nur noch 1/3 einer Niere und der andere und seine Frau sind total vergiftet. Die haben zuerst einmal die Leute aufgeklärt und die haben Zugang zur Presse, zu Rechtsanwälten, und vor allen Dingen zu ärztlicher Behandlung, während all das den Kleinbauern dort gar nicht möglich ist. Und die haben einen Rechtsanwalt aufgesucht, hier diesen Dr. José Carlos Castro, und der hat heute über 80 Klienten, die er vertritt. Verschiedene Prozesse sind schon im Gange, aber die kleinen Bauernfamilien, die haben nicht einmal ihre Papiere in Ordnung. Jetzt haben wir schon seit Anfang dieses Jahres - im Januar war das 3. Internationale Menschenrechtstreffen - lediglich über die Menschenrechtsgesellschaft hier eine Hilfe von CESE (Coordinadora Ecumenica de Servicios) bekommen.

Die haben uns eine finanzielle Hilfe bewilligt, um überhaupt dem Rechtsanwalt zu ermöglichen, daß sich seine Kunden erst einmal Ausweise beschaffen können, die nötigen Papiere, um einen Prozeß in die Wege zu leiten. Um einen Entschädigungsprozeß bei der Electronorte zu beantragen. Und immer noch bekommen wir sehr viel zu hören, daß viele Familien immer noch krank sind und man hat noch immer keine genaue Idee, wieviel Personen davon überhaupt betroffen worden

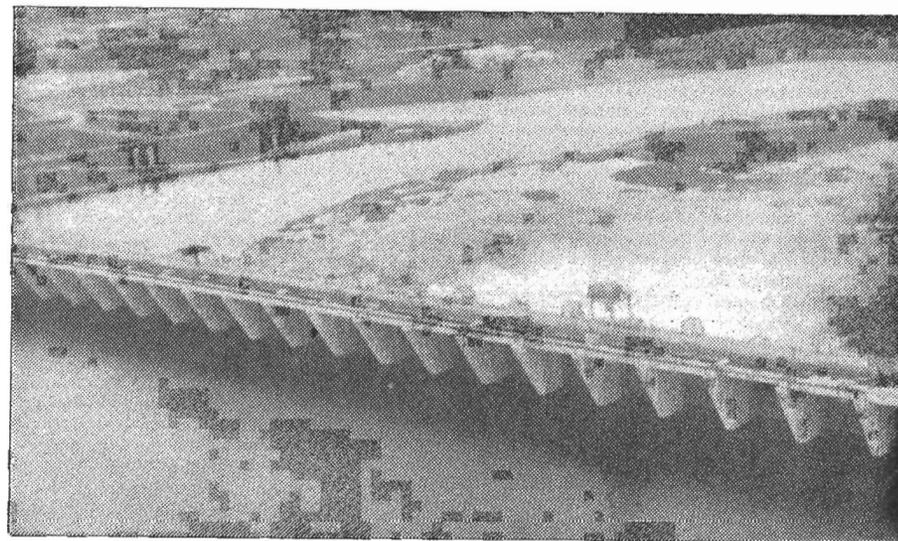
sind. Viele der Leute existieren überhaupt nicht auf dem Papier.

II.

Das war ein trauriger Fall und später hat dann auch die Capemi (Caixa do Peculio dos Militares) - das ist eine Krankenversicherung von den Militärs - die hat mit Korruptionsgeschäften den Wettbewerb um die Ausschreibung gewonnen für den Abbau von dem Holz. Es handelt sich um das Holz in dem Gebiet, wo sich dann der Stausee bilden soll. Da sie gar keine Erfahrung mit Holzarbeiten hat, hat sie das überhaupt nicht geschafft. Da sind heute noch Berge von Stämmen, die alle verfault sind. Und in diesen Skandal sind Verwandte von Generalen mit verwickelt. Man erzählt sogar, daß ein Sohn von Figueredo mit dabei war, und auch verschiedene Verwandte von dem General Edmilson da Cruz, der in Brasilia die ganze Sicherheit unter sich hat.

III.

Die Capemi hat u.a. auch die Kastanienbäume (Paränüsse), riesengroße Bäume (die standen unter Naturschutz, einige sind 600 Jahre alt) vergiftet. Man weiß immer noch nicht richtig warum. Sie haben einen 5 cm breiten Ring in die Rinde eingeschnitten und dann das Gift reingespritzt, sodann mit Motorsägen nochmals Wunden in den Baum hereingeschnitten und das Gift in diese Wunde reingegeben. Danach sind auch verschiedene Leute gestorben, darunter welche, die Paränüsse gegessen haben. Das hätte natürlich einen mächtigen Skandal gegeben, wenn sie nicht die ganze Macht, die ganze Presse, in der Hand gehabt hätte. Paränüsse bringen ja Devisen für den Staat und auch für das Land. Die Paränüsse sind in eine Schale eingebettet. Die Rinde und die Schale werden auch für die Medizin benützt



Eine Familie hat davon Tee gekocht und am anderen Morgen war die Familie tot, Vater, Mutter und vier Kinder. Und andere, die im Wald die Nüsse aufgelesen und gegessen haben, und andere, die in der Nähe in kleinen Flüssen gebadet haben, sind gestorben.

L.N.:
Und warum haben die das gemacht?

M.R.R.:
Wir vermuten, daß sie meinten, auf diese Weise weniger Geld für Entschädigung ausgeben zu müssen. Die ganzen Kastanien-Arbeiter, die die Nüsse auflesen, die verziehen sich ja, wenn sie keinen Verdienst mehr haben. Also wenn die Kastanienbäume tot sind, gibt es keine Paranüsse mehr in der Gegend, dann entfernen die sich von selbst, ohne daß die Electronorte oder der Staat irgendwelche Schwierigkeiten damit haben, die Leute zu entschädigen. Das ist eine raffinierte Weise, die Leute zu vertreiben.

Alle solchen Tricks sind angewandt worden. In anderen Ortschaften wurden Siedlungshäuser gebaut, um sie den Leuten als Entschädigung zu geben. Es war aber kein Wasser dort, und bevor sie eingeweiht und die Häuser übergeben wurden, da haben sie Brunnen gegraben. Es war aber kein Wasser drin. Dann sind sie mit Wasserwagen vorgefahren und haben die Brunnen mit Wasser gefüllt und dann übergeben. Später war dann kein Wasser mehr da.

Also es sind wahnsinnig teuflische Tricks angewandt worden, um die Leute still zu halten, um die Leute zu täuschen, und auch um sie zu bedrohen.

KONTROLLE ÜBER STAATLICHE UND PRIVATE ORDNUNGSMACHT UND MEDIEN

Es ist sehr viel Polizei dort, drei verschiedene Polizeisorten: die vom eigenen Werk, von der Electronorte und von der anderen Baugesellschaft Camargo Corrêra. Die hat ihre eigene Polizei, die kontrolliert ganz Tukurui: die Zufahrtsstraße, den Bahnhof und den Flughafen, die Stadt und den Bau. Dann gibt es noch die Militärpolizei. Heute z.B. ist die Einweihung von Tukurui und nichts wird im Fernsehen, in Zeitung und Radio von den Leuten, die dort campieren, erwähnt. Es sind Leute, die dagegen protestieren, die nicht wissen, wo sie hin sollen. Der Stausee wächst ja immer noch, der wird ja immer noch größer. In der Gegend befinden sich ja immer noch über 200 Familien, die nicht wissen, wo sie hin sollen. Und andere haben überhaupt keine Möglichkeit, ihr Vieh mitzunehmen. Das sind verschiedene Familien, die haben gesagt, wir sterben dann hier mit unserem Vieh, was sollen wir woanders anfangen.

L.N.:
Es ist ja auch von Euch darüber aufgeklärt worden, was für eine Gefahr das bedeutet, wenn ein See entsteht und vorher nicht abgeholzt wird?

M.R.R.:
Ja. Wir haben verschiedene Flugblätter gemacht, verschiedene Diskussionen, verschiedene Seminare durchgeführt. Alle Gelegenheiten wurden wahrgenommen und in verschiedenen anderen Organisationen mitgewirkt, um das den Leuten mitzugeben. Aber die Leute, die in der Gegend dort wohnen, das sind verlassene Leute, denn wir bräuchten mindestens hundert Personen, die dort intensiv mitarbeiteten, um diese Leute davon zu unterrichten, was ihnen bevorsteht, und auch, um vor weiteren Gefahren zu warnen. Und vor allem, daß die bereits Geschädigten ärztliche Hilfe erhalten. Das ist uns eben bis jetzt noch völlig unklar, wie man das machen könnte. Wir machen das alles so nebenbei. Wir haben über einen Monat lang 3 Volontäre von unserer Bewegung dort in Tukurui gehalten und unterstützt. Die haben den Leuten dort geholfen, die immer noch dort campierten. Aber jetzt im Moment haben wir überhaupt niemanden dort.

L.N.:
Was ist aus der Unterstützung von Rechtsanwälten geworden?

M.R.R.:
Ja, der Rechtsanwalt, wir haben praktisch nur einen Rechtsanwalt hier, der ist auch noch für CPT (Comissão Pastoral da Terra = Landpastoral, kirchliche Arbeit mit Landarbeitern) zuständig. Außerdem ist er noch Professor an der Universität. Da können Sie sich ja vorstellen, daß der Mann total überlastet ist. Er ist schon zweimal dort gewesen. Die letzte Regenzeit hat 8 Monate lang gedauert. Und da konnte man einfach nicht dahin. Und er war schon zwei- oder dreimal dort, und er soll demnächst jetzt wieder dahin fahren. Die Dokumentation ist im Laufen, aber er muß jemanden mitnehmen, einen Notar, der alles aufschreibt, und der vom Standesamt bestätigt ist. Der muß die ganzen Anmerkungen aufnehmen, was besorgt werden muß, damit sie ihren Geburtsschein erhalten, viele haben überhaupt keinen Geburtsschein und was sie sonst noch alles benötigen. Das soll dort hergestellt werden, weil es dort nichts gibt. Das ist ja dorten ganz von der Welt vergessen.

L.N.:
Und was ist aus der Unterstützung von Ärzten geworden?

M.R.R.:
Wir haben etwas Hilfe von dem Gesundheitsministerium bekommen und auch vom Planungsministerium. Die haben schon Medikamente geschickt, aber keine Ärzte. Wir hatten z.B. eine Mitarbeiterin von uns hier, die Irene, die ist Krankenschwester und die war über einen Monat dort und hat die Leute dort gepflegt. Sie hat das dann soweit

organisiert, daß andere Leute, eine Nonne und ein paar andere Frauen, kamen und das übernommen haben. Ärzte wurden nur für die schlimmsten Fälle geholt. Eine Zeit lang haben dort 2.000 Menschen campiert, im Lager, und darunter kleine Kinder, als ganz neu geborene Kinder, nicht einmal einen Monat alt und da gab es natürlich sehr viel Durchfall. Die Verpflegung kommt auch aus verschiedenen anderen Kanälen, auch von der katholischen Kirche.



"Für die Erfüllung unser Forderungen"

L.N.:
Und wie ist es jetzt mit den Versprechen, die die Electronorte zunächst eingegangen ist?

M.R.R.:
Bis jetzt hat sie so gut wie nichts eingehalten. Also sie hat voriges Jahr im April einen Kontrakt unterschrieben und hat bis vor einen Monat nichts davon eingehalten. Wie z.B. die ganze Infrastruktur für die verschiedenen neuen Dörfer. Nichts. Und auch nicht das Land.

DIE WEITERARBEIT

L.N.:
Vielleicht kommen wir jetzt noch einmal kurz zur Frage nach der Perspektive. Wie wird das jetzt weitergehen bei dem Treffen am 6. Dezember? Sind da bestimmte Punkte geplant oder was erhofft man sich an Unterstützung aus anderen Teilen des Landes oder welche Vorstellung hat man, wie man die Arbeit weiter organisieren kann?

M.R.R.:

Da müssen wir erst einmal mit allen Gruppen, die das anfangs mit uns hier getragen haben und die dann abgesprungen sind, wieder neu Kontakt aufnehmen. Jetzt am Wochenende bekommen die alle einen Brief und wir müssen natürlich gemeinsam beraten, wie es nun weitergehen soll, denn die wenigen Leute, die im Movimento em Defesa da Vida übrig geblieben sind, sind auch alles berufstätige Leute, die das alles noch nebenbei machen, nachts durch und an den Wochenenden. Da muß man den anderen klar machen, ihr habt eure Aufgaben, aber wir auch, daß man es gemeinsam tragen muß und daß weitere Kontakte auf der nationalen und internationalen Ebene aufgenommen werden müssen. Das ist ja erst einmal der Anfang hier. Es kommen ja noch so viele andere Staudämme hierher, soundsoviele Projekte, Werke. Es ist ja erst nur einmal ein Beispiel von dem, was uns hier erwarten wird.



Versammlung der Vertriebenen in Tucuruí

Die enteigneten Indianer und Nicht-Indianer fordern:



für die PARAKANA

- die sofortige Vermessung des Parakanã-Indianerreservats entsprechend den 1978 für dieses Indianervolk vorgeschlagenen Grenzen

für die Siedler, die COLONOS



- Landstücke von 100 ha
- Straßen
- Landtitel
- elektrische Energie
- Entschädigung für den Verlust von zwei Ernteerträgen
- Unterhalt und Umsiedlung von 706 Familien, die sich jetzt auf dem Land der Parakanã befinden

INDIANER

Indianische Völker werden massakriert

INTERVIEW MIT LAS CASAS

José Ribamas Bessa, Professor an der Universität von Manaus in Amazonien (Brasilien), stellt aus der jetzigen Situation Brasiliens heraus Fragen an Las Casas, dessen Antworten vor vierhundert Jahren heute ebenso aktuell erscheinen wie damals.

Der Amerikanist Jimenez de la Espada sagte am Ende des letzten Jahrhunderts, daß die Portugiesen bei der Eroberung Amerikas einen doppelten Vorsprung vor den Spaniern hatten: 1. Portugal hatte keinen padre Las Casas; 2. die Brasilianer haben die luisitanische Version der brasilianischen Geschichte ohne Diskussion akzeptiert.

Die Infragestellung des zweiten Punktes ist Aufgabe der Historiker. In bezug auf den ersteren hat der Journalist José Ribamas Bessa aus Manaus beschlossen herauszufinden, worin dieser Vorteil bestand.

Er führte eine Reihe von Interviews mit dem Dominikanerpater Bartolomé de las Casas, dem Bischof von Chiapas in Mexico. Aber da Las Casas im Jahr 1474 geboren wurde und im Jahr 1566 mit 92 Jahren starb, wurden die Interviews in Bibliotheken durchgeführt, im Dialog mit den Werken dieses großen Missionars, der als der größte Verteidiger der Indianervölker gilt. In diesem ersten Interview, das J. Ribamas Bessa an PORANTIM sandte, erläutert uns Las Casas seine Sicht von den Indianervölkern, die er in den 50 Jahren, während denen er mit ihnen in der "Neuen Welt" zusammenlebte, entwickelte. Es ist eine leidenschaftliche Sichtweise, voller Liebe, Haß und Superlative. Er polemisiert gegen die anderen Chronisten, die er anklagt, sie dienten den Eroberern. Er ist den Kämpfen der Unterdrückten zutiefst verbunden. Las Casas ist der einzige Chronist, der die realen Arbeitsbedingungen der Indios unter der spanischen Herrschaft beschreibt. Dies ist das Hauptthema der folgenden Interviews.

Porantim: Wie würden Sie, der Sie fast 50 Jahre mit verschiedenen Indianervölkern gelebt haben, die Indios definieren?

Las Casas (LC): "Die Indios sind bescheiden, geduldig, friedlich und mutig. Es sind die zartesten, sanftmütigsten, mildesten und zärtlichsten Völker, denen ich in meinem Leben auf der ganzen Welt

begegnet bin. Weder die Söhne der Prinzen und der Herren, die in einer sehr verwöhnten und geschützten Umgebung aufgezogen werden, sind zarter als sie." (A. S. 4-5)

P.: Können Sie ein Beispiel für diese Zartheit bringen?

LC: "Wenn ein Indio schläft und ein anderer ihn aufwecken muß, so tut er das nicht abrupt, um ihn nicht aufzuregen, dagegen bleibt er eine Stunde bei ihm und zupft leicht an seinem Hemd oder an seinem Poncho, wenn er bekleidet ist, ansonsten bewegt er sanft seinen Fuß und begleitet diese Bewegung mit liebevollen leisen Worten, bis er ihn, ohne daß er es gespürt hat, aufgeweckt hat." (F Bd. 5 S. 411)

P.: Pater Las Casas, wir kennen Ihre harte Kritik an Gonzalo de Oriedo - den ersten Chronisten der Neuen Welt und den Chronisten Kaiser Karl der V. Wir wollen eine objektive Analyse dessen, was er aussagte. Der Gouverneur von Rondônia, Jorge Teixeira, (Rondônia ist der Bundesstaat im Nordwesten Brasiliens, in dem staatliche Kolonisationsprogramme zur Abholzung des Regenwaldes und zur großen Bedrängnis der dort lebenden Indianerstämme führen), sagte, die Indios seien Dummköpfe. Oriedo sagt, daß die Indios Esel sind und so harte Köpfe haben, daß die Christen sie nicht auf den Kopf schlagen, um ihre Spaten nicht zu zerbrechen.

LC: "Es ist bekannt, daß die Indios sehr intelligent sind und eine unbegrenzte Erinnerung besitzen. Sie erinnern sich an Dinge, die vor vielen Jahren geschehen sind (ironisch). Wenn Oriedo keine Indianersprache beherrscht und aus diesem Grunde meint, daß die Indios kein Gedächtnis haben, so muß er durch göttliche Eingebung darauf gekommen sein." (F Bd. 5 S. 114)

P.: Der Gouverneur Teixeira kann keine Indiosprache, er hat nie etwas von Oriedo gehört, aber er hat das wiederholt, was vor vier Jahrhunderten gesagt wurde: die Indianer sind faul. Der Gouverneur Mestrinho von Amazonien denkt und sagt das gleiche.

LC: "Wenn es sich darum handelt, daß es bei ihnen nicht viel Arbeit gibt, so können wir das gerne zugeben, denn sie (die Indios) sind von Natur aus sehr zart, wie die Söhne von Prinzen ... () Mit sehr wenig Arbeit erreichen sie einen großen Überfluß all der Dinge, die sie benötigen. Die viele Zeit, die sie übrig haben, nachdem sie ihre Bedürfnisse befriedigt haben - denn sie lassen ihre Seelen nicht überwintern, um Reichtümer zu akkumulieren und um Schätze anzuhäufen - verwenden sie mit ehrlichen Tätigkeiten wie spielen (...), tanzen und singen, wobei sie all ihre Geschichten und vergangenen Ereignisse erzählen. Die Muße, von der Oriedo spricht, war bei den Indios kein Laster, sondern vielmehr ein Zeichen der Tugend und dessen, daß sie mehr in Übereinstimmung mit den Naturgesetzen lebten, als es die Spanier taten." (F Bd. 5 S. 111)

P.: Was ist dann also der Ursprung dieser Ansicht von den Indianern?

LC: "Bei uns, die wir aufgrund unserer unersättlichen Habgier, Reichtümer aufhäufen und zeitliche Güter stapeln, mögen jene Völker als Müßiggänger beurteilt werden, das entspricht jedoch nicht der natürlichen Gesetzmäßigkeit. Es waren Völker, die aus den genannten Gründen gewohnt waren, wenig zu arbeiten. Sie lebten vielmehr im Überfluß von Nahrungsmitteln. Die Spanier waren so darauf aus sich zu bereichern und haben ihnen unerträgliche Arbeiten zugemutet wie die Arbeit in den Goldminen, was infernale Arbeiten sind. Und die Indios waren gezwungen, von einem Extrem ins andere überzugehen. Jeder mag selbst beurteilen, ob sie einen Grund hatten, sich ausgebeutet zu fühlen und in die Berge zu fliehen. Sie flohen vor dem infernal und verzweiflungsvollen Leben. Das nahmen die Spanier zum Anlaß, sie als Müßiggänger und Faulpelze zu diffamieren." (F Bd. 3 S. 399)

P.: Das heißt also, daß die Indios nicht vor jedweder Arbeit flohen, sie flohen nicht vor einer produktiven Tätigkeit, die die Bedürfnisse der Gemeinschaft befriedigen sollte, sie flohen vielmehr vor der Arbeit, die dazu bestimmt war, die Europäer zu bereichern. Wie war das "infernale und unerträgliche" Arbeitssystem beschaffen?

LC: "Die Spanier haben die Indios auf die Christen aufgeteilt so als seien sie Kühe oder Ziegen." (F Bd. 2 S. 163) "So, als seien die Indios vernünftige Tiere, als seien sie irgend ein Holz, das von den Bäumen abgeschnitten würde oder eine Herde von Schafen." (F Bd. 3 S. 220) "Der Teufel könnte sich keine schlimmere Krankheit ausdenken, um das ganze Amerika zu zerstören, zu konsumieren, zu töten und zu entvölkern als es diese Erfindung der Verteilung oder 'encomienda' war, so als wenn man die Indios an alle Teufel wie eine Viehherde an Wölfe übergibt."

P.: Was war diese "Verteilung der Indios, die 'encomienda' genau genommen?

LC: (Der Pater Las Casas erklärt das System der erzwungenen Arbeit, die "encomienda" genannt wird im einzelnen: wie sie begann mit Christopher Columbus und Francisco Roldan in S. Domingo). "Durch die 'encomienda' wurden die Indios - manchmal eine ganze Gemeinde - einem Spanier ihr Leben lang anvertraut, dem sie Tribut zahlen mußten in der Form von Dienstleistungen in der Landwirtschaft, in den Minen oder beim Weben. Der encomendero zahlte einen Tribut an die Krone, aber er entlohnte die Indios nicht." (F Bd. 2 S. 346) Las Casas zitiert das Beispiel von Jamaica: "Sie verteilten die Indios auf die Baumwollfelder: die Männer, um auszusäen und den Boden zu pflügen, die Frauen, um zu spinnen und zu weben, wobei sie weder bei den Schwangeren noch bei den Wöchnerinnen eine Ausnahme machten." (F Bd. 3 S. 286)



P.: Jenseits der encomienda gab es die Versklavung der Indios. Der Padre Vieira unterschied in Brasilien die gerechte und die ungerichte Sklaverei.

LC: "Alle Indios, die hier seit der Entdeckung bis heute versklavt wurden, wurden zu Unrecht versklavt. Um diese Tatsache vor der übrigen Welt zu verbergen, beauftragten sie eine Person ihres Vertrauens, die eventuell sogar an dem Gewinn Teil hatten, um zu untersuchen, ob sie zu Recht versklavt worden waren. Oh! Großer Herrgott ...! Wie sollten sie denn zu Recht versklavt werden, wo sie sich doch auf ihrem eigenen Land befanden, in ihren Häusern, ohne irgend jemandem Unrecht zu tun?" (F Bd. 5 S. 228) "Gott unser Herr hat die Indios frei geschaffen und nicht als Abhängige. Seine Majestät konnte weder befehlen sie in die encomienda einzuschließen, noch sie auf die Christen zu verteilen." (B S. 60) "Schließlich fehlte doch de facto in all jenen Kriegen, die die Spanier gegen die Indios führten, eine gerechte Ursache und eine wirkliche Autorität, also waren alle ungerecht und folglich waren alle, die daran teilnahmen, Räuber oder Diebe und Schufte." (D. S. 124) (...)

P.: Können Sie unseren Lesern erklären, wie die Indios "rekrutiert" werden?

LC: (Nachdem er die Organisation der Expeditionen zur Jagd auf die Indios beschreibt, erklärt er, wie sie in den "Schiffen der Sklaven-

halter" transportiert wurden). "Die Schiffe kamen voller Sklaven an, von denen viele gestorben waren. Einige starben vor Hunger, weil es an Mitteln zum Lebensunterhalt gefehlt hatte. Wenn sie ihnen überhaupt etwas gaben, so lediglich eine knappe Portion Mehl; andere starben, weil sie zuviele auf einmal transportierten und dabei die Schiffsluken und alle Fenster verschlossen, was dem gleich kommt, wenn man alle Gucklöcher eines Kerkers verschließt, und da es ein warmes Klima ist, glühte die Hitze in den Schlafräumen des Schiffs; andere starben an der großen Traurigkeit und Angst angesichts ihrer gewaltsamen Trennung von ihrem Grund und Boden, angesichts der Tatsache, daß sie Frauen und Kinder zurücklassen mußten und ihre Freiheit verloren. Sie waren Sklaven von unmenschlichen, grausamen Leuten, die sie an fremde Orte verschleppten, von denen sie nie zurückkehren sollten." (F Bd. 2 S. 337) (Las Casas bestätigt, daß 1/3 der gefangenen Indianer auf dem Transport starb und erzählt, wie ein Schiff von den lucayischen Inseln in Richtung Haiti ohne Kompaß und Karte aufbrach zu einer Reise von 70 spanischen Seemeilen und sich lediglich an der "Spur" der Leichen, die auf dem Meer trieben, orientierte). (A S. 34)

P.: Sie haben uns von dem Transport der Indios aus ihren Ursprungsdörfern in die Produktionszentren berichtet und was geschah dort mit denjenigen, die überlebten? Was waren ihre Arbeitsbedingungen?

LC: (Las Casas hält eine lange Ansprache, in der er im einzelnen die Ernährung, die Krankheiten, die Arbeitsunfälle, die Unterbringung und Schlafstätten der Indios beschreibt, die Arbeit der Kinder und Schwangeren und den Arbeitstag im einzelnen). (F Bd. 5 S. 339) Der Arbeitstag hatte 18 Stunden täglicher Aktivität. Las Casas verurteilt: "Sogar die Tiere haben freie Zeit auf der Weide und unsere Spanier lassen nicht einmal das bei den Indios zu." (F Bd. 3 S. 78)

P.: Können Sie einen Fall, den Sie selbst erlebt haben, schildern?

LC: (Erzählt den Fall der Lucayo-Indianer). "Nachdem sich eine sehr große Anzahl von Lucayos in den Minen und in anderen Arbeiten in einem sehr harten unglücklichen Leben verschlissen hatte, dachte man sich eine andere Art und Weise aus, um mit ihnen fertig zu werden. Die Spanier schickten sie zum Perlenfischen zur Insel Cubagna (neben der Insel Margarita an der venezolanischen Küste). Das führte zu ihrer völligen Ausrottung." (F Bd. 3 S. 230)

P.: Worin besteht die Arbeit des Perlenfischens?

LC: "Man nimmt sie in Kanus mit. Ein spanischer Henker begleitet sie, der ihnen auf hoher See befiehlt, ins tiefe Wasser zu springen Sie tauchen bis zum Grund, wo sie die Muscheln holen, die Perlen enthalten. Mit ihnen steigen sie hoch ... um zu atmen. Nicht immer

findet man dort, wo man taucht, Perlen. Wenn sie ohne Perlen hochkommen, schlagen sie die Henker auf den Booten mit einer Rute" ... (F Bd. 5 222)

P.: Wie lange machen die Indios diese Arbeit?

LC: "Den ganzen Tag lang, vom Aufgang der Sonne bis zu ihrem Untergang, jahrein, jahraus wenn sie es schaffen zu überleben. Das Essen, das man ihnen gibt, ist irgendein Fisch, und der Inhalt der Muscheln, in denen die Perlen sind." (F Bd. 5 222)

P.: Aber sie ruhen sich zumindest nachts aus... Sie müssen den Energieaufwand wieder ausgleichen ...

LC: "Als Nachtlager dient der Boden mit Blättern von den Bäumen und mit Kräutern bedeckt. Ihre gefesselten Füße werden an einem Pflock festgemacht, damit sie nicht fliehen."

P.: Dann ist die Mortalitätsrate sehr hoch?

LC: (sichtlich entrüstet) "Wie ist es möglich, daß Menschen leben können, wenn sie die meiste Zeit unter Wasser sind, wo sie den Atem anhalten müssen? Im übrigen ist das Wasser sehr kalt und zerstört ihre Gesundheit. Oft sterben sie, Blut aus dem Mund spuckend und durch Blutstürze, die beim Zusammenpressen des Brustkorbes ausgelöst werden. Die Haare sind versengt, wie die Haare eines Seehundes und an den Küsten, an denen sich eine Salpeterkruste absetzt, sehen sie wie Monster aus." (F Bd. 5 S. 224)
"Durch diese 'encomiendas' und 'repartimientos' sind während der 46 Jahre, die ich hier anwesend bin, über 15 Millionen Seelen ohne Glauben und ohne Sakrament umgekommen. Sie haben über 3.000 (spanische See-)Meilen Landes entvölkert." (B S. 59)

P.: Meinen Sie, wir können diese Situation auch als Folge anderer Tätigkeiten sehen?

LC: (Las Casas berichtet, daß 1/4 bis zu 1/3 der Indianer in den Goldminen starben und fügt hinzu): "Wer kann von dem Hunger, den Anfechtungen der schlechten und grausamen Behandlung berichten, die diese Unglücklichen nicht nur in den Minen, sondern auf allen Grundbesitzen, wo immer sie arbeiteten, erleiden mußten? Diejenigen, die krank wurden, wurden als Lügner bezeichnet und als Faulpelze, die nicht arbeiten wollten." (F Bd. 3 S. 206)

P.: Wenn die Ausbeutung derartige Ausmaße besaß, warum haben sich die Indianer nicht aufgelehnt?

LC: (Las Casas bestätigt, daß die Indios sich tapfer verteidigten und sprach mit derartiger Begeisterung von ihrem Widerstand und

den Kämpfen der Indianer so ausführlich, daß wir beschlossen haben, alles in einem nächsten Interview zu publizieren. Dabei stellte er fest, daß der letzte Zufluchtsort, den die Indianer hatten und haben, um sich gegen die Christen zu verteidigen wenn sie unterlegen wären, die Berge seien, wo sie sich im Gestrüpp verstecken könnten, und wo sie sich, wenn das möglich wäre, in das Innerste der Erde verkriechen würden). (F Bd. 4 S. 76)

P.: Da der Widerstand unbekannt ist, sind einige Chronisten offensichtlich zu dem Schluß gekommen, daß die Indios eine "heruntergekommene, degenerierte Rasse" seien. Assim Tavares Bastos spricht 1860 über die Indianer des Amazonas. Was ist aus der "Vornehmheit" und der "Empfindlichkeit" der Indios geworden? In der Peripherie von Manaus, in den dortigen Elendsvierteln, hat man ein anderes Bild von den Indianern.

LC: "Aufgrund ihres schwierigen, bitteren, mehr als schmerzlichen, leidvollen, stets angsterfüllten und schreckensreichen Lebens dieser Völker entartet ihre edle und natürliche Gestalt. Sie entarten und werden zu ebenso kleinmütigen servilen Menschen ..., daß sie nicht einmal mehr zu atmen wagen; sie beginnen sogar zu zweifeln, ob sie Menschen oder aber Tiere sind. ... das ist für Unterdrückte und solche, die in starker Sklaverei geboren und aufgewachsen sind, eine natürliche Reaktion." (G S. 416)

P.: Wir wollen hier und heute nicht über die Frage der Objektivität debattieren. Dennoch eine vorletzte Frage: sind die Portugiesen so vorgegangen wie die Spanier?

LC: (Entschuldigt sich zunächst dafür, daß er die Eroberung Brasiliens lediglich aus den Schriften einiger Chronisten kennt, unter anderem aus denen von João de Barros). "Mir scheint, daß die Portugiesen lediglich Interesse daran hatten, in Brasilien Gold und Silber sowie Gewürze und Reichtümer zu holen sowie die Ländereien der Indianer in Besitz zu nehmen und ihnen ihre Freiheit zu rauben, ebenso, wie wir Spanier das gemacht haben, wobei sie die Verbreitung der christlichen Religion lediglich als Vorwand nahmen." (F Bd. 2 S. 455)

P.: Padre Las Casas, man wird Sie der Übertreibung und Unausgewogenheit beschuldigen, wenn Sie von Millionen von Indianern sprechen, die während der Eroberung umkamen. In den Volksschulen Perus, Chiles und Mexicos wird man sagen, daß Sie verrückt gewesen seien.

LC: "Wer von denen, die in den nächsten Jahrhunderten geboren werden, wird das alles glauben? Mir selbst, der ich schreibe und viel mehr weiß als das was ich erzähle, erscheint es jetzt, als sei das nicht möglich, aber es ist nun einmal eine durch unsere großen Sünden bedingte Tatsache und es wäre gut, wenn wir uns ihrer mit der Zeit

erinnern, uns ihrer bewußt sind, und wenn wir sie beklagen."
(F Bd. 3 S. 213)

Bibliographie

A-D. Bruder Bartolome de Las Casas: "Brevisima relación de la destrucción de las Indias Occidentales por los Castellanos", Sevilla 1552 (Ausgabe auf Pergamentpapier in der Pariser Nationalbibliothek - 01477a).

B - Idem: "Treynta Propositiones pertenecientes al derecho que la Iglesia y los Principes christianos tienen contra los infieles (...)". Barcelona, Antonio Lacaualleria. 1646. BNP.

C - Idem: "Una disputa entre el Obispo y el Doctor Gines de Sepulveda sobre que el Doctor contenia que las conquistas contra los indios eran licitas y el Obispo, por el contrario, que eran injustas iniquas". Barcelona. A.L. 1646. BNP

D - Idem: "Tratado que escrivio por mandado del Consejo Real de Las Indias sobre la materia de los indios que se han hecho esclavos por los castellanos". Barcelona. A.L. 1646. BNP

E - Idem: "Remedios que refirio por mandado del Emperador al Ajuntamiento de Prelados que mando juntar en la Ciudad de Valladolid el año 1542 por la reformación de los indios". BNP

F - Bartolomé De Las Casas (Obispo de Chiapao: "Historia de Las Indias ahora por primera vez dada a luz por el Marqués de la Fuensanta del Valle". Madrid. Imprenta de Miguel Ginesta. 1875 (5 Bände)

G - Idem: "Alguns capitulos de la Apologetica Historia" (Band 5 des vorherigen Werkes).

H - Bruder Bartolomé de las Casas: "De las antiguas gentes del Peru". Madrid. Tipografia de Manuel G. Hernandez. 1892

Übersetzt aus Porantim Nr. 70, Dez. 1984.

USA

Zuflucht für Flüchtlinge aus Mittelamerika

Seit einigen Jahren gibt es in den USA eine Bewegung zur Unterstützung der Flüchtlinge aus Mittelamerika, die an alte Traditionen der Gewährung von Zuflucht in Kirchen und die Organisation zur Befreiung von Sklaven, die "underground railroad" anknüpft. Diese Bewegung, die vor allem von religiösen Gemeinden getragen wird, stört die Politik der USA, Flüchtlinge ohne Recht auf Gerichtsverhandlung wieder über die Grenze zu Mexico zu deportieren. Gegen einige Aktive dieser Bewegung laufen nun Prozesse wegen Verletzung der Einwanderungsbestimmungen.

"Als Christen und Nordamerikaner bemühen wir uns, die unter uns lebenden Flüchtlinge zu unterstützen; dies hat zu einer unglücklichen Konfrontation zwischen der Bundesregierung und einigen Christen geführt. Als Nordamerikaner können wir das nicht verstehen und beklagen die gegenwärtige Politik in dieser Angelegenheit. Warum werden die salvadorensischen Flüchtlinge lediglich als Arbeitssuchende behandelt und nicht als Menschen, die fliehen mußten, um ihr Leben zu retten. Warum sollen sie in ihr Land abgeschoben werden, wo sie der sichere Tod erwartet? Dies ist weder eine christliche noch eine nordamerikanische Haltung. Es ist schwer zu verstehen, weshalb sich die Regierung gegen uns stellt, wenn wir nur versuchen, das zu befolgen, was Christus uns aufgetragen hat: diesen armen Menschen Trost, Beistand, Nahrung, Obdach und vor allem Hoffnung zu geben. Ich stehe auf der Seite der Menschen, die ihren Brüdern und Schwestern auf der Suche nach Gerechtigkeit die Hand entgegenstrecken."

Das sagte 1984 Bischof John Fitzpatrick von Brownsville, Texas, einer Stadt, in der ein Teil des Flüchtlingsstroms über die Grenze zu Mexico ankommt. Der Bischof ist Mitglied der "Sanctuary"-Bewegung, die seit ihrer Gründung im März 1982 Flüchtlingen in den USA Zuflucht gewährt.

Hintergrund dieser Bewegung ist der Flüchtlingsstrom aus Mittelamerika, vor allem aus El Salvador und Guatemala. Viele Flüchtlinge aus diesen Ländern versuchen in den USA Asyl und Lebensunterhalt zu finden. Nach Angaben der Einwanderungsbehörde der USA bewarben sich 1984 13 501 Salvadoreaner um politisches Asyl. Nur 503 von ihnen wurden als politische Flüchtlinge anerkannt. Die

Bewilligungsrate für Flüchtlinge aus Cuba und Vietnam liegt dagegen wesentlich höher. Nach inoffiziellen Schätzungen sind in den letzten vier Jahren mindestens 300 000 Salvadoreaner illegal in die USA gekommen. Die US-Behörden verfolgen die Politik, illegal Eingereiste ohne Gewährung von Rechtsschutz sofort wieder abzuschicken. Die "Sanctuary"-Bewegung hat erklärt, sie könne beweisen, daß seit 1981 mehr als 100 Salvadoreaner innerhalb von zwei Monaten nach ihrer Deportation ermordet wurden.

Angesichts dieses Dramas gründeten im März 1982 katholische, protestantische und jüdische Religionsgemeinschaften die "Sanctuary-Bewegung". Diese Solidaritätsbewegung, die unmittelbare Hilfe für Flüchtlinge leistet, greift zwei Traditionen auf:

- Im Mittelalter bot der Kirchenraum Flüchtlingen vor der Justiz Zuflucht. Das "Sanctuarium" war eine Art Asyl in der Kirche. Die weltlichen Behörden durften Flüchtlinge nicht aus den Kirchen holen - zumindest solange nicht, wie sich die Kirchenbehörden vor die Verfolgten stellten.

- Die "underground-railroad" war im 19. Jahrhundert eine von Schwarzen und weißen Gegnern der Sklaverei ("abolitionists") gegründete Organisation, die schwarzen Sklaven, die von den Plantagen des Südens geflohen waren, Fluchthilfe und Zuflucht in den Nordstaaten gewährte.

Die an der "Sanctuary-Bewegung" beteiligten religiösen Gemeinschaften griffen diese beiden Traditionen auf und aktualisierten sie durch die Unterstützung der Flüchtlinge aus Mittelamerika. Die protestantischen und katholischen Kirchen und die jüdischen Synagogen nehmen Flüchtlinge auf, die keine Unterstützung finden, leisten juristische und medizinische Hilfe, geben Sprachkurse und versuchen, ein Aufenthaltsrecht für die Flüchtlinge zu erwirken.

Die Größe und die Arbeit der Bewegung beunruhigt die Reagan-Regierung, die dazu übergegangen ist, die Bewegung zu infiltrieren, um gerichtsvertwertbare Erkenntnisse gegen die Aktiven zu gewinnen.

Diesen Infiltrierten gelang es, mehr als 100 Tonbänder mit den Gesprächen der geheimen Sitzungen der Bewegung in ihrer Zentrale in der Presbyterianischen Kirche von Southside in Tucson, Arizona aufzunehmen. Gegen 16 Aktive der Bewegung und 60 illegal Eingewanderte wurde vor Gericht Anklage wegen Verletzung der Einwanderungsgesetze erhoben.

Die 16 Mitglieder der "Sanctuary-Bewegung" erklärten gegenüber der Presse, sie hülften den Flüchtlingen bei der Einreise und beim Aufenthalt in den USA "als Teil einer landesweiten Bewegung, die solchen Personen Zuflucht sichert, die politischer Verfolgung oder den Todesschwadronen in El Salvador und Guatemala entkommen sind". Ihre Aktionen seien "genauso legal wie notwendig", denn "die Weigerung der Reagan-Regierung, ihnen politisches Asyl zu gewähren, halten wir für illegal". Auf das "Argument" der Regie-

AMERICA

(Claude McKay)

*Although she feeds me bread of bitterness,
And sinks into my throat her tiger's tooth,
Stealing my breath of life, I will confess
I love this cultured hell that tests my youth!
Her vigor flows like tides into my blood,
Giving me strength erect against her hate.
Her bigness sweeps my being like a flood.
Yet as a rebel fronts a king in state,
I stand within her walls with not a shred
Of terror, malice, not a word of jeer.
Darkly I gaze into the days ahead,
And see her might and granite wonders there,
Beneath the touch of Time's unerring hand,
Like priceless treasures sinking in the sand.*

AMERIKA

(Claude McKay)

*Obwohl es mich nährt mit dem Brot der Bitterkeit,
Und der Zahn seines Tigers sich in meinen Hals gräbt,
Obwohl es mir meinen Lebensatem stiehlt, will ich gestehen,
Ich liebe diese zivilisierte Hölle,
die meine Jugend auf die Probe stellt!
Seine Kraft strömt wie die Gezeiten in mein Blut,
Und gibt mir die Stärke, mich gegen seinen Haß zu erheben.
Seine Größe stürzt über mich wie eine Flut.
Und doch, wie ein Rebell vor einem König im Herrschergewand,
Steh' ich in seinen Mauern, ohne jede Furcht,
Noch den geringsten Groll, ohne ein Wort des Spottes.
Mit dunkler Ahnung starre ich auf die Tage, die kommen,
Und sehe dort seine Macht und seine Wunder aus Granit
Unter der Berührung der unfehlbaren Hand der Zeit,
Wie unermeßliche Schätze im Sand versinken.*

Claude McKay (1891 - 1948), ein Bauernsohn aus Jamaika, wanderte 1912 in die USA aus, wo er als Dichter und Romanschriftsteller zu einer bekannten Figur innerhalb der 'Harlem Renaissance' wurde, einer kulturellen Bewegung der Schwarzen in den 20er Jahren.

Gedichte: Songs of Jamaica, Harlem Shadows;
Romane: Home to Harlem, Banjo, Banana Bottom, Gingertown.

rung, die Mehrheit der Flüchtlinge aus Mittelamerika fliehe vor der Armut und nicht vor politischer Verfolgung, antworteten die Sanctuary-Mitglieder, die Armut der Salvadoreaner und Guatemalteken sei eine Form sozialer und politischer Verfolgung, weil die herrschenden Gruppen in ihren Ländern ihnen keine Wahl ließen, als vor Hunger zu sterben. "In dieser Situation hätten die Vereinigten Staaten eine besondere Verantwortung" - vor allem wegen der engen Verbindungen zwischen der Reagan-Regierung und den herrschenden Regimes in El Salvador und Guatemala.

Frühere Prozesse gegen Mitglieder der "Sanctuary-Bewegung" gingen unterschiedlich aus. Im ersten Verfahren dieser Art wurde im Juni 1984 eine Mitarbeiterin der Organisation "Casa Oscar Romero" in Brownsville zu 90 Tagen Gefängnis auf Bewährung verurteilt. Im Gegensatz dazu bestätigte das Distriktsgericht in Corpus Christi (Texas) dem Leiter dieser Organisation, Jack Elder, daß er aus religiöser Überzeugung gegen die Einwanderungsgesetze verstoßen habe. Nun müssen die Bundesbehörden entscheiden, ob das öffentliche Interesse an einer Verfolgung der Rechtsverstöße höher zu bewerten ist als das Verfassungsrecht auf freie Religionsausübung.

Die "Sanctuary-Bewegung" ist nicht nur der Einwanderungsbürokratie ein Dorn im Auge. Die Bewegung setzt sich politisch gegen die Intervention der US-Regierung in Zentralamerika ein und bietet damit innenpolitischen Konfliktstoff für die Reagan-Regierung. Gerade die Verbindung von christlich-humanitärem Engagement, Anknüpfung an freiheitliche Bestrebungen in der Geschichte der Vereinigten Staaten und Opposition gegen die derzeitige Interventionspolitik der US-Regierung in Zentralamerika verschafft der "Sanctuary-Bewegung" eine relativ breite Basis, die zwar sicher nicht die aktuelle Regierungspolitik verhindern, aber doch wenigstens innenpolitisch in Frage stellen kann.

BOLIVIEN

Eine traurige Bilanz am Jahresende

Bolivien bekommt, trotz immer schneller aufeinander folgender Wirtschaftsmaßnahmen ökonomisch gesehen "kein Bein auf die Erde". Die demokratische UDP-Regierung hat sich in den zwei Jahren ihrer Regierungszeit als unfähig erwiesen, die katastrophale Wirtschaftslage des Landes positiv zu verändern. Die jährliche Inflationsrate liegt bei fast 3000% - ein trauriger, in seinen Konsequenzen für die Bevölkerung unfassbarer Rekord. Für den größten Teil der Bolivianer reichen die Löhne noch nicht einmal, um ein Viertel der Artikel zu kaufen, die im sog. "Familienkorb" (canasta familiar) zusammengefasst sind. Lebensmittel wie Milch und sogar Brot sind zum Luxus geworden. Von der Krise profitieren diejenigen, die mit den Lebensmitteln und somit mit dem Hunger des Volkes schachern. Die sog. "heimliche Wirtschaft", also Drogen- und Devisenhandel, Schmuggel etc. blüht und gedeiht, ohne durch einschneidende Maßnahmen der Regierung im Wachstum gestört zu werden.

2 Jahre vor Beendigung seiner Regierungszeit sah Präsident Siles Zuazo keine andere Möglichkeit mehr, die politisch-ökonomische Krise effektiv zu bekämpfen und einen Bürgerkrieg zu verhindern als Neuwahlen für den 16. Juni 1985 anzukündigen.

ERNEUTE WIRTSCHAFTSMASSNAHMEN

Die wirtschaftliche Situation in Bolivien war Ende des Jahres gekennzeichnet durch einen Produktionsrückgang von 1,7%, einer Verringerung des Pro-Kopf-Einkommens

um 24%, einem Rückgang der Exporte und damit der Deviseneinnahmen um 20% und einer Inflationsrate von fast 3000 %.

Aufgrund dieser katastrophalen Situation und um einen dreiwöchigen Generalstreik der Gewerkschaften zu beenden, verabschiedete die Regierung im November das zweite Maßnahmenpaket des Jahres. Dieses beinhaltete u.a.:

- Abwertung des bolivianischen Peso um 30% auf 9000 Pesos pro US-Dollar
- Kontrolle der Wechselstuben und des Devisenschwarzmarktes
- paritätische Mitbestimmung der Arbeiter in allen staatlichen Betrieben
- Erhöhung der Löhne und Gehälter um durchschnittlich 330%
- neuer Mindestlohn von ca. 800 000 Pesos
- Erhöhung der Lebensmittel-, Benzin- und Transportpreise



Die Löhne und Gehälter wurden also erhöht, verloren jedoch durch den ständig steigenden, überhöhten Dollarkurs auf dem Schwarzmarkt innerhalb kürzester Zeit ca. 90% ihrer Kaufkraft. Ein Arbeiter verdiente Ende November umgerechnet 10 Dollar im Monat. Nach den Lohnerhöhungen verdiente er kurzfristig 80 und jetzt, Ende Januar, nur noch 8 Dollar (mit abnehmender Tendenz). Der Gewerkschaftsdachverband COB sieht sich um die hart erkämpften Erfolge gebracht und sucht nach geeigneten Gegenmaßnahmen.

DIE NEUWAHLEN UND IHRE PERSPEKTIVEN

Bei der Verkündung der Neuwahlen standen Siles Zuazo und seine Partei MNRI, National-Revolutionäre Bewegung der Linken, alleine da. Der MNRI ist der traurige Rest der ehemals breiten Volksfront UDP, die während ihrer 2-jährigen Regierungszeit immer mehr an Rückhalt in der Bevölkerung verloren hat. Hauptgrund ist ihre offensichtliche Unfähigkeit, die wirtschaftliche und soziale Krise des Landes zu bekämpfen.

Zuerst verließen die Christdemokraten (PDC) das "sinkende Schiff" der Regierung. Sie hatten nach fast 2 Jahren Regierungscoalition "Differenzen" mit der moskau-orientierten Kommunistischen Partei (PCB) entdeckt. Die Kommunisten folgten der PDC im Oktober, um sich zu "reorganisieren". Schließlich verließen auch die 4 Minister des MIR, Linksrevolutionäre Bewegung, - zum zweiten Mal - das Kabinett von Siles Zuazo. Im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen und die mögliche Kandidatur ihres Vorsitzenden Jaime Paz Zamora will der MIR nicht für die unpopulären Maßnahmen und Entscheidungen der Regierung mitverantwortlich gemacht werden. Das neue, im Januar vereidigte Kabinett besteht nun nur noch aus Unabhängigen und Parteigängern des MNRI.

Doch was sind nun die Perspektiven einer Neuwahl? Bei nicht-repräsentativen Umfragen der Tageszeitung "Presencia" im letzten Monat haben alle Befragten angegeben, daß sie in die Neuwahlen keine großen Hoffnungen setzen und bezweifeln, daß die neue Regierung die Krise bekämpfen wird und sich die Lebensbedingungen der Bevölkerung verbessern werden. Die besten Chancen, die Wahl zu gewinnen hat der einzige bisher feststehende Kandidat, der ehemalige Diktator Hugo Banzer Suarez mit seiner Partei ADN (Demokratisch-Nationale Aktion). Er wird die bisherige IWF-konforme Wirtschaftspolitik weiterführen, die vor allem zu Lasten des Volkes geht. Außerdem wird befürchtet, daß seine Wahl die weitere demokratische Entwicklung Boliviens in Frage stellen wird, da er, wenn er, einmal demokratisch gewählt auf dem Präsidentensessel Platz genommen hat, anknüpfen wird an die Tradition seiner faschistischen Militärdiktatur von 1971 bis 1978.

Auch gute Chancen hat ein weiterer politischer Veteran: Victor Paz Estenssoro, Vorsitzender des MNRH (Historische National-Revolutionäre Bewegung) und auch ehemaliger Präsident Boliviens (1952-56 und 1960-64), der sich jedoch noch nicht endgültig als Kandidat hat auf-

stellen lassen. Doch auch er und seine der Rechten zugehörige Partei haben keine wirtschaftspolitischen Neuerungen anzubieten und werden die Kontinuität nicht nur der Wirtschaftspolitik sondern auch der Krisensituation wahren. Zur Zeit profitieren die rechten Parteien noch von der umfassenden Krise, da sie nun das ökonomische Modell der UDP als gescheitert erklären und die Linke der Unfähigkeit bezichtigen können. Und noch zwei weitere Umstände spielen der Rechten in die Hände: die Tatsache, daß die Linke zerstrittener ist denn je, und daß sie durch ihre Beteiligung an der jetzigen Regierung entscheidend an Ansehen verloren hat

Der MIR, ohnehin schon in drei Tendenzen geteilt, hat sich im Januar gespalten. Sowohl der MIR-Laboral, angeführt von Walter Delgadillo, dem Generalsekretär der COB (s. LN Nr.133), als auch der MIR, angeführt von Paz Zamora und Eid Franco beanspruchen jeweils für sich, der echte authentische MIR zu sein. Der Hauptanlaß dieser Spaltung war die mögliche Kandidatur des ehemaligen Vizepräsidenten und Vorsitzenden der Partei, Jaime Paz Zamora bei den bevorstehenden Wahlen. Diese Kandidatur wurde nur durch eine Gesetzesänderung möglich. Früher konnten Präsident und Vizepräsident weder für ihr eigenes noch für das Amt des anderen 2 Legislaturperioden hintereinander kandidieren. Jetzt muß der Kandidat nur noch 3 Monate vor Wahltermin von seinem Amt zurücktreten, um an der Wahl teilnehmen zu können. - Es wird noch eine weitere Spaltung des MIR befürchtet, da sich die Differenzen zwischen dem Flügel von Antonio Aranibar (opositor) und dem Flügel von Paz Zamora (oficialista) verstärkt haben. Aranibar hatte das, von Paz Zamora entsandte Mitglied im Nationalen Wahlkomitee angefochten, wodurch dieses Gremium neu gebildet werden mußte.

Um die linken Parteien zu einer politischen Kraft zu vereinigen, gründete die COB den Koordinationsrat des Volkes (Consejo de Coordinación Popular) und es finden Vorgespräche statt, um mögliche Koalitionen zu erörtern. Sehr wahrscheinlich würde eine Kandidatur von Juan Lechín Oquendo für die neu-gegründete, gewerkschaftlich orientierte DRU (Vereinigte Revolutionäre Führung) (s. LN Nr.133) zumindest die radikaleren Sektoren der Linken vereinen. Die COB fordert eine Reaktivierung der Wirtschaft mit Hilfe aller Ein-

nahmen, von denen zur Zeit ca. 56% zu den Banken und in den Handel gehen.



"Die Demokratie wurde für und nicht gegen das Volk gemacht!"

UNTERNEHMERSTREIK UND PUTSCHVERSUCHE

Mitte Januar spitzte sich die politisch-ökonomische Krise zu, als in La Paz Fabrikarbeiter einige Geschäftsführer als Geiseln nahmen und sich mit diesen in die Fabriken zurückzogen. Viele Unternehmer hatten ihren Arbeitern z.T. seit September keinen Lohn mehr gezahlt und sich auch geweigert, das Weihnachtsgeld zu zahlen. Sie behaupten, die von der Regierung beschlossenen Lohnerhöhungen nicht verkraften zu können, was jedoch von den Gewerkschaften bestritten wird. Hauptsächlicher Zankapfel ist eine Lohnerhöhung von 200%, die den Arbeitern schon vor dem Generalstreik Ende des Jahres zugestanden wurde. Als Reaktion auf die Geiselnahmen traten die Unternehmer in

Streik und forderten die Entscheidung über die fragliche Lohnerhöhung vom Obersten Gerichtshof.

Inzwischen haben die Fabrikarbeiter die Geiseln befreit, sind aber in einen unbefristeten Streik auf nationaler Ebene getreten, der die ohnehin schon prekäre Versorgungslage der Bevölkerung noch weiter verschlechtert hat. Z.B. gibt es kein Brot und keine Milch mehr. Gemäß ihrem Generalsekretär Delgadillo handelt es sich für die COB um einen politischen und nicht um einen ökonomischen Konflikt, da die Unternehmer die Löhne ja zahlen könnten. Ihrer Meinung nach wollen die Unternehmer einerseits die Erfolge der Arbeiter rückgängig machen und andererseits suchen sie eine Konfrontation mit den Arbeitern, um dann in einem Klima des sozialen Aufbruches, ihre Projekte durchsetzen zu können.

Die Konfliktsituation wird noch durch permanente Putschgerüchte bzw. auch ganz konkrete Anzeigen von vereitelten Putschversuchen verschärft. Zuerst meuterte General José Olvis Arias. Seiner Absetzung widersetzten sich 5 weitere hohe Generäle, die daraufhin auch ihrer Ämter enthoben wurden. Anfang Januar gab es dann innerhalb einer Woche zwei vereitelte Putschversuche und ein General wurde in den Ruhestand versetzt, weil er einen Artikel mit der Überschrift "Aufbruch der Streitkräfte" veröffentlicht hatte. In der darauffolgenden Woche gab es einen erneuten Putschversuch, mit dem Coronel Faustino Rico Toro, dem ehemaligen Innenminister in Verbindung gebracht wird. Ob unter diesen Umständen die umstrittene Wahl überhaupt stattfinden wird, ist mehr als fraglich.

Quellen: Presencia vom 22. bis 27.1.1985
Nueva Voz von November bis Januar '85
Monitor Dienst vom 18. bis 24.1.1985
Handelsblatt vom 31.1. und vom 6.2.85

Hommage an Luis Espinal

Am 22. März 1980 wurde Luis Espinal, Jesuitenpater und Direktor der Wochenzeitung AQUI von Helfershelfern der rechten Militärs entführt, brutal gefoltert und umgebracht. Luis Espinal war nicht nur ein engagierter Journalist und Theologe, sondern auch - was weniger bekannt ist - ein bedeutender Filmkritiker und -theoretiker. (Er veröffentlichte in Bolivien mehr als 10 Bücher über Film.)

Mit der Ermordung von Luis Espinal wurde am Vorabend des Putsches von García Meza versucht, einen der unbequemsten Kritiker des November-Putsches von Natusch Busch, der am lautesten die Bestrafung der Urheber dieses blutigen Putsches forderte zum Schweigen zu bringen. Seinem grausamen Tod sind Bombenanschläge auf AQUI, Radio Fides und die Jesuitenschule San Calixto vorangegangen, mit denen Terror und Angst verbreitet werden sollten.

Der Mord geschah sehr wahrscheinlich auf Anweisung von Coronel Arce Gomez hin, dem damaligen Chef des Geheimdienstes, der sich wenige Monate später mit Garcia Meza an die Macht putschte. War die Untersuchung des Mordes früher schon massiv behindert worden, so fiel der "Fall Espinal" nach dem Juli, unter einem Innenminister Arce Gomez völlig unter den Tisch.



Luis Espinal steht für viele Christen, denen nicht nur in Lateinamerika ihr konsequentes Eintreten für das Volk das Leben gekostet hat. Im bolivianischen Widerstand lebte sein Andenken weiter, als das eines bedeutenden bolivianischen Vertreters der Theologie der Befreiung und eines ebenso befähigten wie entschlossenen Kämpfers für eine gerechte und brüderliche Gesellschaft.

Im Folgenden veröffentlichen wir ein Editorial von Luis Espinal, das vor mehr als 5 Jahren geschrieben wurde. In einer Zeit, in der die Theologie der Befreiung wieder besonders ins Schußfeld der konservativen Kritik geraten ist, hat es an Aktualität noch nicht verloren.

Daltonismus – Farbenblindheit

Beim Daltonismus handelt es sich um einen Sehfehler, bei dem man die Farben entweder nicht wahrnimmt oder nicht unterscheiden kann.

Diesen Sehfehler gibt es auch im ethischen und sozialen Leben. So werden überall "Rote" gesehen; und das stimuliert die persönliche Aggressivität.

Der Superior der Jesuiten in Bolivien hat gerade eine Erklärung veröffentlicht, in der die falschen Anschuldigungen gegen verschiedene Priester, sie seien "Kommunisten" oder "Mitglieder der ELN₁" zurückgewiesen werden.

Wir glauben nicht, daß diese Erklärung die erwünschte Wirkung erzielen wird; der Farbenblinde wird weiterhin dort Rote sehen, wo es keine gibt.

Das menschliche Leben ist voll von Schattierungen und Zwischentönen. Derjenige, der die Vielgestaltigkeit der Dinge und der Menschen erfasst, sieht sich gezwungen, nachzudenken und auszuwählen. Diese Vielgestaltigkeit der Dinge, das geben wir zu, verhilft nicht zu einer schnellen Entscheidung, und noch weniger zu einem radikalen Handeln. Das war das Problem von Hamlet.

Und so ziehen es die "praktischen" Temperamente (und der Politik gefällt das "Praktische") vor, sich eine schematische Welt vorzustellen, die leichter zu lenken ist, in der es nur zwei Farben gibt; und in der es nur zwei Gruppen gibt: Freunde und Feinde. Weil es mehr als zwei Farben gibt, trägt dieser karikaturreske Schematismus nicht dazu bei, die Realität zu

verstehen; aber er verhilft dazu, übereilte Urteile zu fällen.

Die Sympathisanten einer Welt mit nur zwei Dimensionen haben die undankbare Aufgabe, alle Menschen in die eine der beiden Gruppen einzuordnen, ob sie hineinpassen oder nicht. Um das zu erreichen, muß man logischerweise die Realität verdrehen und die Wahrheit beugen. Und dafür gibt es eine alte Erfindung: die Verleumdung.

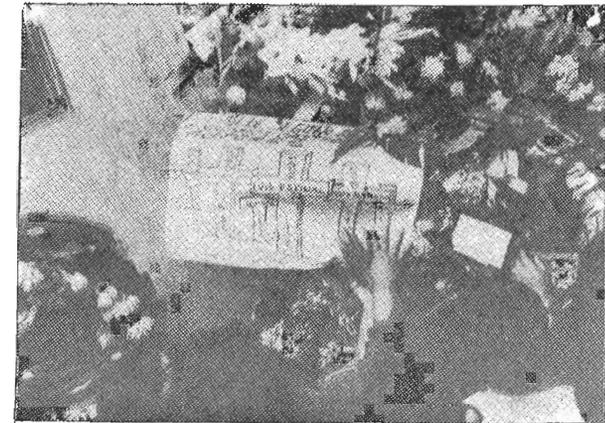
Dank der Verleumdung kann man der Wirklichkeit eine feindliche Farbe geben und schon hat man ein (zumindest) subjektives Motiv, um sie anzugreifen.

Bestimmte Priester als Kommunisten zu bezeichnen ist keine neue Erfindung. Einige Jahre zuvor wurde diese Bezeichnung auf Johannes XIII angewandt. Und Christus wurde als "vom Teufel besessen" bezeichnet, wobei es sich um den entsprechenden Ausdruck der damaligen Zeit handeln dürfte.

Auf jeden Fall, sollten wir, um objektiv zu sein, die einfachen Schemata vermeiden. Anstatt überall nur zwei Farben zu sehen und uns die fixe Idee des aggressiven Rots zu eigen zu machen, sollten wir versuchen, die Zwischentöne wiederzugewinnen. So werden wir vielleicht begreifen, daß es auch den Regenbogen gibt.

1 = ELN, Ejército de Liberación Nacional, Guerillapartei

Aus: Luis Espinal. El grito de un pueblo
Hrsg. Asamblea Permanente de los Derechos Humanos en Bolivia, Lima 1981



JAMAICA

Vier Tote und viele Verletzte gab es Mitte Januar in Jamaika, als die Sicherheitskräfte gegen Demonstranten vorgingen, die gegen eine drastische Preiserhöhung vor allem für Benzin und Kochgas und somit gegen eine weitere zu erwartende Erhöhung der Lebenshaltungskosten protestierten.

Hierzu veröffentlichen wir nachstehend den leicht gekürzten Artikel 'Jamaika schwelt' von Wenty Bowen, erschienen im CARIBBEAN CONTACT (Februar 1985), der Zeitung des Karibischen Kirchenrats. Den zweiten Artikel '1984 - Ein Jahr der Stabilität und Ruhe', ein Rückblick auf das vergangene Jahr, entnahmen wir dem konservativen GLEANER (GLEANER ANNUAL, Dezember 1984), der einzigen großen Tageszeitung Jamaikas. Der Artikel stammt von dem für seine fundierten sozialen und politischen Analysen bekannten und in weiten Kreisen geschätzten Wirtschafts- und Politikwissenschaftler Carl Stone. Der Artikel ist stark gekürzt.

Jamaika schwelt

Seit damals, als zwischen dem 10. und 13. Januar 1979 die mit der Jamaican Labour Party (JLP) verquickte Nationalistische Patriotische Bewegung dreitägige Straßenblockaden errichteten als Reaktion auf eine Benzinpreiserhöhung von J\$ 3.00 auf J\$ 3.20 die Gallone (und damit den Sturz der damaligen Regierung der People's National Party unter Michael Manley einleitete, d.Red.), existiert an der Basis der PNP der Wunsch, es der JLP heimzuzahlen. Das ganze letzte Jahr, als der jamaikanische Dollar immer weiter fiel und die

Preise nach oben schossen, forderte die Basis von der Parteiführung, etwas zu unternehmen. Aber dem Parteiführer Michael Manley, obwohl nicht länger Parlamentsmitglied (seit dem PNP Wahlboykott vom 15. Dezember 1983), gelang es, in seiner weiter bestehenden Eigenschaft als Loyale Opposition ihrer Majestät seine Gefolgsleute immer im Zaum zu halten, so daß Premierminister Edward Seaga, nur von rein verbalen Protesten begleitet, seine am puertorikanischen Modell orientierte Entwicklungsstrategie verfolgen konnte.

DRASTISCHE BENZINPREISERHÖHUNGEN

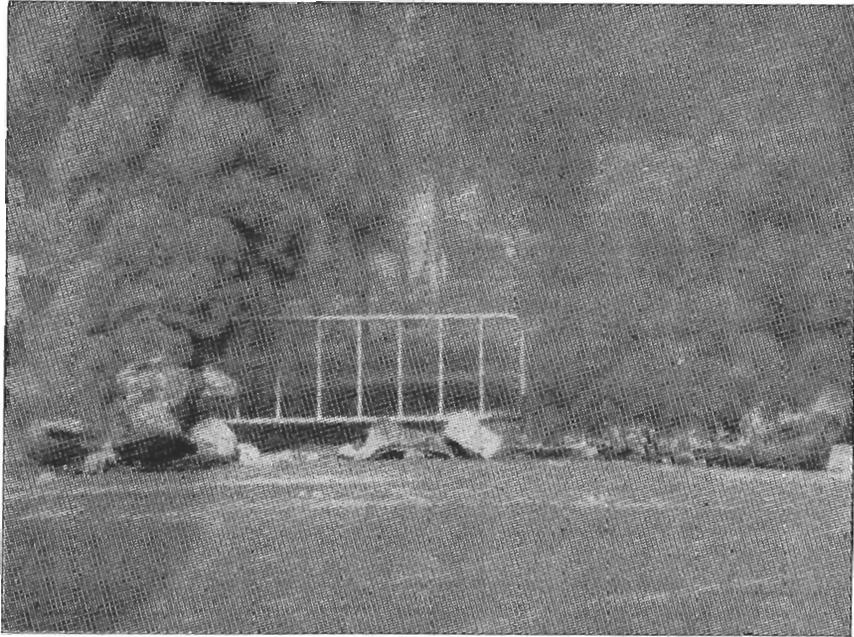
Als am 14. Januar d.J. morgens um sieben eine Meldung von JAMPRESS über den Äther ging, die eine sofortige drastische Benzinpreiserhöhung von J\$ 8.99 auf J\$ 10.90 pro Gallone verkündete, wurde das PNP Hauptquartier in der Hope Road überschwemmt von wütenden Anrufen, die die PNP zum Handeln aufforderten und drohten, der Partei die Unterstützung zu entziehen, falls nichts passierte.

Wie es der glückliche Umstand wollte, trifft sich die PNP Exekutive immer Montagabend. Bei dem Treffen an jenem Abend, mit den Bürgerprotesten noch in aller Ohren, verkündete Parteiführer Manley, daß er erwarte, daß für den kommenden Tag irgend eine Art von Protest auf die Beine gestellt werden würde. Aber wie sollte dieser Protest aussehen? Über die Protestform wurde dann zwar nichts beschlossen, aber als die Delegierten das Treffen verließen, war ihnen klar, daß sie die Mitglieder ihres Wahlkreises kontaktieren müßten, um etwas zu planen.

Einige machten sich an die Arbeit, sobald sie zu Hause angekommen waren, denn späte Hörer von Radio RJR FM berichteten, daß um zwei Uhr nachts von einigen Straßenblockaden berichtet wurde. Die meisten Parteimitglieder wurden jedoch nicht vor halb sechs, sechs aktiv, und als sie sich dann an die Arbeit machten, benutzten sie einfach alles, was gerade zur Hand war - Müll, alte Baumstämme, Steine -, um die Straßen mit Barrikaden zu blockieren, wie 1979 von der Patriotischen Bewegung vorexerziert. Jedoch anders als bei jener Demonstration, die zentral koordiniert zu sein schien, wobei die Rädelsführer untereinander in Funkkontakt standen, war der PNP Protest nicht zentral koordiniert. Jedes Exekutivmitglied und jeder Delegierte arbeitete mehr oder weniger auf sich selbst gestellt morgens um halb sieben sprichwörtlich im Dunkeln.

DEMONSTRATION AUF DER GANZEN INSEL

Während noch das Radio morgens die Nachricht von den beginnenden Demonstrationen über die ganze Insel verbreitete, gingen in den Nachrichtenstudios Berichte ein, daß überall im Land Straßenblockaden errichtet worden seien. Aber nicht nur Straßen wurden blockiert, es wurden auch alte Autoreifen angezündet, die die Straßen in dicken schwarzen Rauch und beißenden Qualm hüllten und dem Land den Anschein gaben, es befände sich in großem Aufruhr. Offensichtlich hatte der Protest einen heiklen Nerv getroffen, und die Leute machten eigene Aktionen. Ja es ging sogar die Kunde, daß auch in einigen von der JLP kontrollierten Gebieten Straßenblockaden errichtet wurden.



Deshalb handelte die PNP zweifelsohne taktisch richtig, wenn sie dafür sorgte, daß den Demonstrationen nicht das Etikett der PNP angeheftet wurde. Eine solche Etikettierung hätte lediglich eine Polarisierung bedeutet und die JLP Anhänger davon abgehalten, den Protest zu unterstützen. So aber unterstützten eine große Menge Leute die Demonstrationen, selbst solche, die keine Straßenblockaden zu Gesicht bekommen hatten, und der Gedanke an einen Bezinpreis von J\$ 11 die Gallone brachte viele Autofahrer derart auf die Palme, daß sie selbst die Straßen blockierten.

Die PNP hielt sich also im Hintergrund, ganz anders als die WPJ, die Workers Party of Jamaica. Sie wurde von den Demonstrationen genau so überrascht wie die regierende JLP und bedauerte, nicht vorher informiert worden zu sein. Sie hatte sich jedoch schnell gefangen und kam zu dem Schluß, daß, obwohl sie die Proteste nicht in Gang gebracht hatte, sich doch dabei einiges politische Terrain gewinnen ließ. Schnell begannen WPJ Mitglieder ihre eigenen Barrikaden zu bauen und zu bemannen, selbst in Gebieten, die bereits blockiert waren, wobei sie sich bei der Arbeit fotografierten. Ihr Führer, Dr. Trevor Munroe, verkündete in einer Mitteilung an die Presse und den Rundfunk, daß die WPJ die Demonstrationen unterstütze und ihre Mitglieder bei der Bewachung der Straßenblockaden mithülfe.

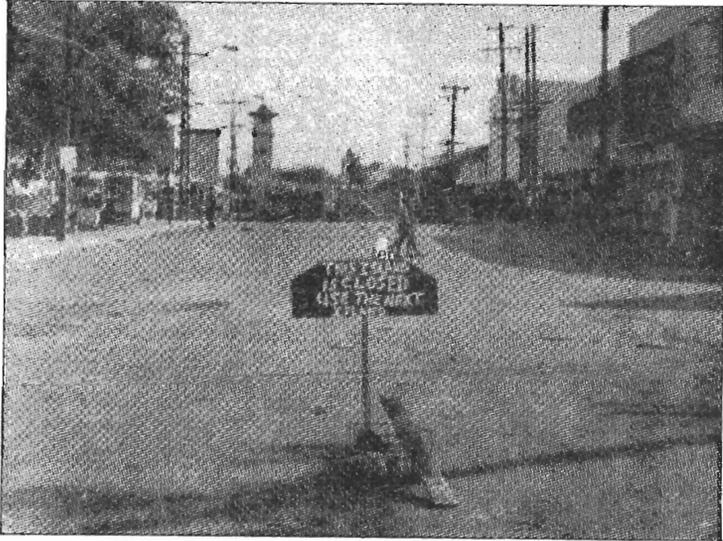
Im Gegensatz dazu steht das Verhalten der PNP Führungsspitze. Niemand von der obersten Parteiebene wurde auf der Straße gesichtet, und die Presse- und Rundfunkklärung von Parteiführer Manley bezeichnete die Proteste als eine "spontane Demonstration des Volkes", die die PNP unterstütze. Das ist auch weiterhin ihre offizielle Linie.

ÜBERRUMPELT

Obwohl Premier Seaga in späteren Presseinterviews die Demonstrationen als nicht unerwartet bezeichnete, gibt es Hinweise dafür, daß er von den Ereignissen genauso überrumpelt wurde wie die WPJ Führung und im großen Ganzen die restliche Bevölkerung. Ironischerweise wohnte Seaga gerade einem Frühstück zu Ehren des ehemaligen Meisters des gewaltlosen Protests, Martin Luther King, Sei. Bei dem Gedächtnisfrühstück, das zum zweiten Mal von der Jamaica-America-Society und dem United States Information Service anlässlich von Kings Geburtstag veranstaltet wurde, fand die Verleihung der Martin-Luther-King Gedächtnisauszeichnung für herausragende humanitäre Leistungen' statt. Diese jährliche Auszeichnung soll abwechselnd in einem Jahr an einen Jamaikaner und im nächsten an einen Nichtjamaikaner gehen. Im letzten Jahr wurde sie Mr. Seaga verliehen. In diesem Jahr ging sie an Mr. Donald Keough, den Präsidenten von Coca Cola.

Wie sich ein Frühstücksgast später erinnerte, gab es während der Veranstaltung nicht die leiseste Andeutung dafür, daß die Welt draußen nicht genauso heiter und in Ordnung war wie drinnen, bis jemand hereinkam und Mr. Seaga etwas ins Ohr flüsterte, der daraufhin

sichtbar bestürzt schien und den Raum kurz verließ. Dem Gast wurde hinterher klar, daß der Premierminister zu diesem Zeitpunkt zum ersten Mal davon erfuhr, daß alle wichtigen Straßen in ganz Jamaika erfolgreich blockiert waren, einschließlich der Straße, die am Amtssitz des Premierministers, dem Jamaica House, vorbeiführte. Mr. Keough und Mr. Seaga verließen die Feier schließlich mit dem Hubschrauber.



Während der Rest des Landes praktisch zum Stillstand kam - die Schulen wurden geschlossen, ebenso wie viele Geschäfte, es gab keine öffentlichen Transportmittel auf den Straßen, und Pendler waren gezwungen, meilenweit nach Hause zu laufen -, hielt Mr. Seaga später am Nachmittag eine Rede bei einer kurzen Parlamentssitzung. Nur ein Drittel der 60 Mitglieder war anwesend. Während der Premierminister selbst seine übliche 'coole', aufgeräumte Art bewahrte, ließ es sich nicht leugnen, daß die meisten anderen Anwesenden im Gordon House einen niedergeschlagenen Eindruck machten. Die Schnelligkeit, mit der sich der Protest ausbreitete und dessen großes Ausmaß, hatte die selbstbeweihräuchernde Attitüde der Regierung angekratzt und ihre offensichtliche Annahme erschüttert, daß die Besonnenheit des durchschnittlichen Jamaikaners ihm sagen würde, daß die gegenwärtige Regierungspolitik, so schmerzhaft sie auch sein möge, der einzige Weg zurück zu einer gesunden Wirtschaft sei.

Das Volk sandte eine Botschaft, laut und klar, daß bestimmte Toleranzgrenzen erreicht und überschritten

waren. Aber es gab kein Anzeichen dafür, daß die Regierung diese Botschaft so deutete. Genau wie Mr. Manley damals 1979 zeigte Mr. Seaga nicht die geringste Konzessionsbereitschaft gegenüber der Stimmung im Volk. Die Bezinpreiserhöhung, so behauptete er, wäre aufgrund der Abwertung des jamaikanischen Dollars "unvermeidlich" gewesen, und außerdem, so deutete er an, seien weitere Abwertungen ebenfalls unvermeidlich.

Da er die Demonstrationen als "politische" bezeichnete und als ein "Dampfablassen", kam er offensichtlich zu dem Schluß, daß die Leute ihre Spannungen und Resentiments losgeworden waren, und daß es einige Zeit brauchen würde, bis der Druck für ein weiteres "Dampfablassen" wieder groß genug sein würde. In der Zwischenzeit, so hoffte er offenbar, würden sich seine Wirtschaftsprogramme - seine "strukturelle Wiederanpassung" der jamaikanischen Wirtschaft - auszahlen in steigenden Beschäftigtenzahlen, steigenden Exporten, Produktionssteigerungen, erhöhten ausländischen Investitionen und zunehmender nationaler Gesinnung.

BISS IN DEN SAUREN APFEL

1980 hatte er einen ähnlichen Optimismus zum Ausdruck gebracht. Er warnte seine Landsleute damals, nicht zu viel zu schnell zu erwarten. Es würde drei Jahre dauern, die Wirtschaft umzukrempeln, so sagte er. Ein Fortschritt in diese Richtung sei schon erfolgt. Aber das Nichtbestehen des IWF-Tests 1983 hätte Maßnahmen notwendig gemacht, die die Mehrheit der Jamaikaner gezwungen hätte, in Mr. Seagas eigenen anschaulichen Worten "in den sauren Apfel zu beißen", und zwar während des ganzen Jahres 1984.

Seine Erkenntnis, daß die Situation erst schlechter werden würde, bevor sie sich besserte, trug ihr Teil zu der überstürzt angesetzten Wahl im Jahre 1983 bei, zwei Jahre bevor sein Mandat der 1980er Wahl ausgelaufen war und gegen die Bedenken einiger Kabinettskollegen. Seaga wollte sich erneut wählen lassen, bevor die Situation sich derart verschlechterte, daß das Pendel der öffentlichen Meinung völlig zugunsten der Opposition ausgeschlagen hätte.

Es gibt heute manche normale Bürger, die - verspätet zwar - zu der Einsicht gekommen sind, daß es - Prinzip hin, Prinzip her - falsch war von Michael Manley, die 1983er Wahl zu boykottieren. Sie wünschen sich heute eine parlamentarische Opposition, die - wie ineffektiv auch immer - gegen die Politik der Regierung

opponiert, eine Politik, die, was immer ihre langfristigen Ergebnisse sein mögen, den kurzfristigen Effekt hat, die Mittel- und Arbeiterklasse auszuhungern.

Mr. Manley seinerseits hat kundgetan, daß die PNP wieder ins Gordon House einziehen will, daß sie für "elections now", für sofortige Wahlen ist, nun nachdem das neue Wahlverfahren (Personalausweise, etc.) praktisch angewandt werden kann. Mr. Seaga ist jedoch der Meinung, daß die PNP 1983 ihre Chance nicht genutzt hatte, und, obwohl er jetzt lokale Wahlen durchführen will, will er vor 1988 keine nationalen Wahlen. Wahlen zum jetzigen Zeitpunkt, nur weil die PNP jetzt dazu bereit ist, so argumentiert er, hieße das Vorrecht des Premierministers, das diesem die Einberufung von Wahlen zugesteht, an die Opposition abzugeben - die Schaffung eines Präzedenzfalles, an dem er kein Interesse hat.

Die Benzinpreis-Demonstrationen zeigen jedoch, daß, obwohl sie für diese nur zum Teil verantwortlich ist, die PNP trotz vierjährigem Stillhalten und trotz anhaltender interner Organisationsprobleme noch immer in der Lage ist, die politischen Muskeln spielen zu lassen. Die Frage ist nun, ob sie genug Muskeln hat, um Mr. Seaga zu einer Wahl zu zwingen, die er nicht will. Die Antwort darauf hängt davon ab, ob und wann die ökonomischen und sozialen Maßnahmen auch dem Durchschnittsjamaikaner helfen werden und nicht nur der Geschäftswelt. Regierungssprecher kündigten derartige Verbesserungen für das Jahr 1985 an. Falls sich diese Ankündigungen bewahrheiten sollten, dann ist die Gans der PNP schon gekocht, und sie wird kaum vor 1988 ins Parlament zurückkehren - es sei denn sie greift zu weiteren jener von der JLP in den späten 70er Jahren vorexerzierten Taktiken, als diese sich in der Opposition befand. Denn die Lektion aus den Benzinpreis-Demonstrationen vom Januar 1979 und vom Januar 1985 lautet: was für den Gänserich die Soße, ist für die Gans die Tunke, oder so ähnlich.

1984 - Ein Jahr der Stabilität und Ruhe

Neunzehnhundertvierundachtzig war ein Jahr, in dem die politische Reife Jamaikas einige ziemlich strenge Tests über sich ergehen lassen mußte. Stabilität und öffentliche Ordnung wurden aufrechterhalten, obwohl es auch leicht zu Tumulten und Instabilität hätte kommen können. Die politische Ruhe des Jahres 1984 zeugt von der Besonnenheit des jamaikanischen Volkes. Aber sie verdeckt auch einige wichtige Veränderungen, die sich im politischen System Jamaikas vollziehen.

Zwei sehr wichtige Ereignisse während der ersten Monate des Jahres 1984 waren Anlaß für Befürchtungen um die soziale und politische Stabilität. Das war, zum einen, das Einparteienparlament, das mit 60 Abgeordneten der JLP (Jamaican Labour Party) besetzt wurde, nachdem es die PNP (People's National Party) abgelehnt hatte, an den überstürzt anberaumten Wahlen teilzunehmen; und, zum andern, die drastischen Erhöhungen der Lebenshaltungskosten, die durch die eiligst nach der Wahl durchgeführte Abwertung des jamaikanischen Dollars hervorgerufen wurde.

Der Ausschluß der PNP aus dem Parlament ließ die Befürchtung aufkommen, daß die Opposition zu einer nicht zu unterschätzenden Kraft der Straße werden würde, die die Regierung von außerhalb des abgesteckten Terrains der konstitutionellen Politik im Parlament angreifen könnte. Die Erinnerung an die turbulenten Siebziger Jahre und die Ära der nicht enden wollenden Bandenkriege ließen nur wenig Hoffnung auf Frieden. Der militante linke Flügel und radikale Parteiaktivisten, unterstützt von dem üblichen Kontingent von Revolverhelden, so dachten viele, würden die PNP zur Konfrontationspolitik treiben, besonders deshalb, weil sie nicht mehr im Parlament ist, und besonders dann, wenn die Regierung nach Fertigstellung der neuen Wählerlisten die Forderung nach Neuwahlen ignorierte.

Das Unbehagen bei der Einparteienwahl und die Heftigkeit, mit der das Ergebnis als eine schlimme Fehlentwicklung von den meisten Wählern abgelehnt wurde, ließ manche Kreise die Legitimität der JLP Regierung anzweifeln. Außerdem stand zu befürchten, daß die große wirtschaftliche und soziale Not, hervorgerufen durch die massiven Preiserhöhungen und die Währungsabwertung, das Klima für soziale Unruhen, gewalttätigen Protest und politische

Instabilität schaffen würde. Das Zusammentreffen dieser Umstände und die Abwesenheit der PNP vom parlamentarischen Leben ließ die Befürchtung aufkommen, daß die "Opposition" eine wütende Opposition gegen die JLP mobilisieren könnte und entweder durch Protestaktionen die Regierungsfähigkeit der JLP paralisieren oder die JLP auf dieselbe Art und Weise entmachten könnte, wie diese im Jahre 1980 Manley zwang, nach Willen des politischen Protests Wahlen auszurufen.

VERSCHÄRFTE NOT

Keines der Szenarien wurde wahr. Die Not wurde 1984 in mancherlei Hinsicht größer. Für die meisten unteren und mittleren Einkommensgruppen stiegen die Lebenshaltungskosten um 30% bis 35% und überstiegen bei weitem den geringfügigen Anstieg der Löhne und Gehälter. Mit der Absicht, das Haushaltsdefizit in einem Jahr um die Hälfte zu verringern, wurden beträchtliche Entlassungen im öffentlichen Sektor vorgenommen. Durch den Zusammenbruch der Bauindustrie stieg die Arbeitslosigkeit in der Stadt auf über 30%. Mit Ausnahme der Exportlandwirtschaft und der Tourismusindustrie litten alle anderen Sektoren unter den strengen währungs- und finanzpolitischen Maßnahmen sowie unter den Maßnahmen zur Verringerung des inländischen Bedarfs und des Konsumniveaus, die das Ziel hatten, die Wirtschaft zu stabilisieren.

Jedoch, abgesehen von wenigen Fällen, in denen es aus Protest gegen schlechte Straßen, das unzureichende Funktionieren der Wasserversorgung und anderer öffentlicher Einrichtungen zu Aktionen kam, blieb das Land von politischen Unruhen verschont.

RÜCKZUG UND MISSTRAUEN

Zynismus, Apathie, politischer Rückzug und Mißtrauen gegenüber Politikern waren 1984 die vorherrschenden Merkmale der politischen Stimmung im Lande. Nachdem die hohen Erwartungen auf die sozialistischen Versprechungen der PNP in den 70er Jahren durch den Kollaps der Wirtschaft unter der PNP enttäuscht wurden, kehrten die Hoffnungen auf eine wirtschaftliche Erholung und einen besseren Lebensstandard zurück, als die JLP kühn behauptete, das wirtschaftliche Schlamassel in drei Jahren in Ordnung bringen zu können. Die drei Jahre kamen und gingen und die Situation verschlechterte sich, obwohl es in den ersten beiden Jahren

der JLP Regierung besser zu werden schien. Diese zweite Enttäuschung fand statt, als die Erinnerung an das Fehlschlagen der PNP Wirtschaftspolitik noch frisch war. Dies hat viele Teile der jamaikanischen Öffentlichkeit zu der Überzeugung gebracht, daß keine der beiden politischen Führungsmannschaften in der Lage ist, die Probleme des Landes zu lösen, und daß es letztendlich nur einen kleinen oder keinen Unterschied macht, welche Partei gewählt wird.

In dieser Stimmung der politischen Hoffnungslosigkeit und des Zynismus hatten die Leute kein Interesse an Straßendemonstrationen oder an den Protestaktionen von Manleys PNP. Mit der wachsenden sozialen Not wuchsen vielmehr als Folge auch Verbrechen und Bettelei, die Kirchen bekamen regen Zulauf und 'hustling for survival', Überleben durch Prostitution, Betrug, Hehlerei und andere Gaunereien, nahm immer mehr zu. Individualistische statt kollektivistische Lösungen und Strategien erschienen dem durchschnittlichen Angehörigen der unterdrückten Klassen angemessener und produktiver.

ANGEPASSTE TAKTIKEN

Dieser Stimmung in der Bevölkerung paßte die PNP ihre Taktiken an, indem sie die Rolle der loyalen Opposition spielte. Klar, jeder Schritt in Richtung politische Konfrontation könnte die Partei isolieren, in einer Situation, in der die Leute Stabilität und Ruhe für ihre individuellen Überlebenspraktiken wollen. Außerdem könnte die JLP daraus Kapital schlagen, indem sie jedem Schritt der PNP in diese Richtung das Etikett der kommunistischen Subversion anhängt.

Die PNP machte 1984 keine spektakulären Aktionen. Einige Massenveranstaltungen fanden statt und einige öffentliche Foren wurden abgehalten, aber in den meisten Distrikten blieb die Partei relativ inaktiv. Ihre Kritik an der JLP ist ziemlich zurückhaltend im Vergleich zu der radikalen Rhetorik der 70er Jahre. Die Kritik in periodisch erscheinenden Pressemitteilungen der PNP kommt nicht von den sonst üblichen hohen ideologischen Positionen herab, sondern konzentriert sich auf Brot-und-Butter-Probleme und nicht in die Tat umgesetzte politische Versprechen.

Es ist eine Tatsache, daß die PNP trotz ihrer weiter bestehenden Beziehungen zu Kuba in Bezug auf das Partei-Image einen abrupten Schwenk von links zu einer Mitteposition vollzogen hat. Die Gemäßigten



haben in der zweiten Reihe der Parteiführung (nach Manley) die Oberhand gewonnen, und Manley selbst scheint ziemlich zurückhaltend, gemäßigt, vorsichtig und pragmatischer in seinen Ansichten über politische Methoden und Probleme. Als Folge davon sind in einigen Distrikten eine Reihe von jüngeren PNP Aktivisten vom linken Flügel von der PNP zu der sehr aktiven kommunistischen Workers' Party of Jamaica übergewechselt.

KEINE DURCHFÜHRBARE ALTERNATIVE

Bis jetzt hat die PNP noch nicht durch die Formulierung und Artikulierung einer alternativen wirtschaftlichen und sozialen Politik, die von der der JLP abweicht, die Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Das hinterläßt bei vielen den Eindruck, daß die PNP in Wirklichkeit für die gegenwärtige Situation Jamaikas keine durchführbare alternative Politik hat und viele Jamaikaner sind deshalb bereit, die verfehlte und unangemessene Politik der JLP zu tolerieren. Ferner hat die Tatsache, daß Manley die Bemühungen Seagas, die Probleme des Landes ernsthaft lösen zu wollen, öffentlich anerkannt hat, die Bereitschaft der Wähler erhöht, der JLP noch etwas Zeit zu lassen, bessere Resultate zu erzielen.

Die offensichtlichen ökonomischen Schwierigkeiten (Arbeitslosigkeit, Entlassungen, hohe Preise für öffentliche Dienste, schlechte Straßen und unzureichende Wasserversorgung, hohe und ständig steigende Lebenshaltungskosten, knappe Kredite, weniger Geld für öffentliche Ausgaben und soziale Dienste) haben jedoch ihren Tribut gefordert in Bezug auf die politische Unterstützung für die JLP.

Ein Vergleich der Meinungsumfragen vom September 1984 und denen vom Oktober 1980, als die JLP an die Macht kam, zeigt, daß die JLP Wähler innerhalb von 4 Jahren von 50% auf 26% zurückgegangen sind.

Es ist interessant, daß die Wählerunterstützung für die PNP seit Oktober 1980 nicht zugenommen hat. Das bedeutet, daß die größte politische Veränderung seit 1980 darin besteht, daß die unentschiedenen Wähler drastisch zugenommen haben, jene Wähler, die glauben, daß es keinen wirklichen Unterschied macht, ob man für die JLP oder die PNP stimmt, da keine der beiden Parteien in der Lage zu sein scheint, die Probleme des Landes zu lösen.

Interessant ist auch, daß es der kommunistischen WLP nicht gelungen ist, die rückläufige Unterstützung für die PNP und die JLP für sich zu verbuchen, denn sie kommt landesweit weiterhin nicht über 2% der Wählerstimmen. Diese Partei ist jedoch auf der Ebene der Wahlkreise und Gemeinden wesentlich aktiver als die PNP. Aber das Mißtrauen gegen kommunistische Doktrinen, die Angst vor den kubanischen Beziehungen und die bittere Erfahrung Grenadas machen es der WPJ schwer, Boden zu gewinnen, außer bei arbeitslosen Jugendlichen, Gruppen von Studenten und Teilen der intellektuellen Mittelklasse. Die WPJ hat für die JLP außerdem die Funktion, das Antikommunistenthema am Kochen zu halten. Hinzu kommt noch, daß jede Stimme, die an die WPJ geht, eine verlorene Stimme für die PNP ist.

DIE LINKE IN DER DEFENSIVE

Der große Wahlsieg von Ronald Reagan bei den Präsidentschaftswahlen in den USA und die ebenso große Niederlage der Revolution in Grenada haben beide ihr Teil dazu beigetragen, daß die Linke (sowohl die PNP als auch die WPJ) sich in der Defensive befindet, wie überhaupt die Stimmung in der Karibik durch eine starke Rechtslastigkeit gekennzeichnet ist. Reagans aggressive, unnachgiebige, antikommunistische

Außenpolitik hat die Zuversicht der Linken gemindert und seine Neutralisierung des kubanischen Einflusses half, die ideologische Balance in der Region zu Ungunsten der Linken zu verschieben. Mit Reagan fest im Sattel für seine zweite Amtsperiode hat es Michael Manley nicht eilig, Seaga an der Macht abzulösen.

HARTE, UNPOPULÄRE ENTSCHEIDUNG

1984 wurden eine Reihe harter unpopulärer Entscheidungen getroffen, ohne daß es zu überraschenden Protestaktionen gekommen wäre: Ganja-(Marihuana)Händler wurden zu Steuerzahlungen herangezogen; 4.000 Angestellte des öffentlichen Dienstes wurden entlassen; der jamaikanische Dollar stieg von \$ 1,78 im November 1983 auf \$ 4,86 pro US \$. Die Lebenshaltungskosten stiegen um ungefähr 20 % in den ersten sechs Monaten des Jahres. Strompreise stiegen um mehr als 100 %. Grundnahrungsmittel verteuerten sich, da die Subventionen gestrichen wurden.

DRUCK DES INTERNATIONALEN WÄHRUNGSFONDS

All diese Maßnahmen wurden als Folge des drastischen Falls der Bauxiteinnahmen im Jahre 1983 auf Druck des IWF durchgeführt. Tatsächlich wäre die Wirtschaft als Folge dieser gefallenen Einnahmen völlig zusammengebrochen, wenn nicht die Hilfe der USA und der Weltbank dank Seagas starker Unterstützung in Washington so reichlich geflossen wäre. Jedoch, in dem Maße wie diese Abhängigkeit und die Anwesenheit von ausländischen Beratern und Hilfsinstitutionen zunahm, verstärkte sich der Eindruck, daß die Politik des Landes aus Übersee dirigiert wird und es entwickelte sich ein nationaler Gegenruck in einigen Sektoren der Mittelklasse und der lokalen Geschäftsleute; und der Regierung wurde zunehmend vorgeworfen, die Souveränität des Landes gegen ausländische Hilfe zu verschachern. Das Land lebt von geliehenem Geld und die Mängel in der Wirtschaft werden damit übergekleistert. Aber bald werden diese Kredite nicht mehr zur Verfügung stehen, und die Wirtschaft wird von dem Leben müssen, was sie selbst erwirtschaftet.

CHILE

Zwei Aktien zum Preis von einer – Die Reprivatisierung der chilenischen Banken

Während das Regime General Pinochets in den letzten Wochen vor allem durch seinen Rundumschlag gegen die demokratische Opposition auf sich aufmerksam gemacht hat, vollzieht sich – von der internationalen Öffentlichkeit bislang weitgehend unbeobachtet – ein Prozess, der langfristig vielleicht mehr zur Aufrechterhaltung der sozialen Verhältnisse beiträgt, als die wütende Verfolgung der Regimegegner: Die Reprivatisierung der seit Anfang 1983 unter staatliche Aufsicht gestellten Banken. Das chilenische Kapital sieht sich nach zehn Jahren neoliberaler Wirtschaftspolitik in der mißlichen Lage, keine rechte Verfügungsgewalt mehr über seine Besitztümer zu haben. Die mußte es nämlich, als die explodierende Außenverschuldung die Zahlungsfähigkeit der privaten Finanzimperien überstieg, zumindest pro forma an den Staat abtreten, um den vollständigen Zusammenbruch des Finanzsystems zu verhindern.

Mehr als die Hälfte des chilenischen Bankkapitals steht seit der Übernahme von fünf der zwölf größten Banken, darunter die beiden Branchenführer 'Banco de Chile' und 'Banco de Santiago' durch die CORFO – eine Art staatlicher Holdinggesellschaft – unter staatlicher Aufsicht, der damit 85% des Kreditgeschäfts kontrolliert und seinen Anteil an der Außenverschuldung von 17% auf 57% erhöht hat.

Dies war schon zu Zeiten, als die Diktatur noch fest im Sattel saß und der Einfluß der Unternehmer durch ein einfaches Überwechseln von den Sesseln des Aufsichtsrats in die der staatlichen Kontrollgremien garantiert war, ein fast unerträglicher Zustand. Das Unternehmersprachrohr 'El Mercurio' wähte bereits im Januar 1983 den "Krieg um die 'Freie Wirtschaft' verloren". Aber jetzt, da die Diktatur bereits derart ins Wanken gekommen ist, daß selbst im US-State-Departement laut über eine Rückkehr zur Demokratie nachgedacht wird, ist es höchste Zeit für Abhilfe zu sorgen.

Deshalb hat Finanzminister Collados nun ein Konzept vorgelegt, das, nachdem es Ende Dezember von der Junta abgesegnet wurde, innerhalb der nächsten fünf Jahre die Reprivatisierung der Banken garantieren soll. "Volkskapitalismus"

nennt sich dieses Modell, mit dem privaten Interessenten die Übernahme der nicht gerade attraktiven, weil mit hohen Belastungen belegten Aktien schmackhaft gemacht werden soll. Der zu diesem Zweck gestartete Propagandafeldzug hat vor allem das Ziel, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, das Aktienkapital solle möglichst breit auf eine Vielzahl von Kleinaktionären gestreut werden und die Aktien so zur Entflechtung des auf ein knappes Dutzend Familien konzentrierten Privatvermögens beitragen; auf daß endlich Pinochets Wunsch in Erfüllung gehe, er wolle "ein Land von Eigentümern und nicht von Proleten".

Zwar begünstigen die vorgesehenen Finanzierungsmodi tatsächlich die kleinen Aktionäre; ihre Verbindlichkeiten haben wesentlich längere Laufzeiten als die der Unternehmen oder derjenigen Personen, die mehr als umgerechnet eine Million DM in Bankaktien anlegen wollen. Aber die Kaufkraft der Kleinanleger ist begrenzt und es existieren zudem eine Reihe bedeutend rentablerer Möglichkeiten der Vermögensvermehrung, denn die zu erwartenden Dividenden werden nach Eingeständnis des Superintendenten der CORFO, Alvaro Valdés, in den kommenden Jahren nicht sonderlich üppig ausfallen.

So läuft das ganze letztlich darauf hinaus, die Konkursmasse der beiden größten ökonomischen Gruppen, Cruzat-Larraín und Vial, die den Bankenkrach durch hemmungslose Spekulationsgeschäfte in erster Linie verursacht haben, so billig wie möglich unter den anderen Finanz-Clans aufzuteilen. Kernstück ist dabei die Regelung, daß - wenn es der CORFO nicht gelingt jährlich 20% der von ihr verwalteten Anteile zu verkaufen - der verbleibende Rest nach dem Motto "zwei Aktien zum Preis von einer" gratis unter die bisherigen Käufer verteilt wird.

Im Hintergrund dieses Manövers steht die Furcht vor tiefgreifenden sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen, die ein Ende der Diktatur provozieren könnte. Denn mittlerweile beginnt sich auch in einheimischen Kapitalistenkreisen die Einsicht durchzusetzen, daß ihnen der Gärtner zum Bock mutiert und mit Pinochet auf die Dauer wirtschaftlich kein Staat mehr zu machen ist. Deshalb will man, ehe man sich ernsthaft an einen Wandel der politischen Verhältnisse wagt, erst einmal dafür Sorge tragen, daß den Besitzverhältnissen durch die auf lange Sicht wohl unvermeidlich gewordene Rückkehr zur Demokratie kein irreparabler Schaden erwächst. Denn sowohl die chilenischen Linksparteien als auch die Christdemokraten - ohne deren direkte oder indirekte Beteiligung an der politischen Macht eine Redemokratisierung kaum vorstellbar ist - haben in ihren Schubladen bereits umfangreiche Programme bereitliegen, mit denen sie die Banken und die die Wirtschaft

beherrschenden ökonomischen Gruppen einer demokratischen Kontrolle unterwerfen wollen.

Diese Programme werden ungleich schwerer durchzusetzen sein, befinden sich erst die Banken wieder in privaten Händen und nicht, wie im Augenblick noch, dem freien Zugriff derer ausgesetzt, die die politische Macht erringen.

Die chilenischen Großunternehmer sind dabei, das wirtschaftliche Feld so zu bestellen, daß ihnen der politische Wechsel keine Mißernte beschert und geht es nach ihrem Willen, dann kann 'El Mercurio' am Tag nach dem Abtritt Pinochets von der politischen Bühne mit der beruhigenden Schlagzeile aufwarten: "Business as usual!"

Berichtigung

Ein Brett vor dem Kopf und/oder mangelnde Spanisch-Kenntnisse haben in der letzten Ausgabe zu einem entstellenden Fehler geführt: Die Überschrift zu dem Artikel über die Frente Patriótico Manuel Rodriguez muß natürlich lauten: **"Bürger, noch haben wir ein Vaterland"** und nicht "Bürger, noch immer haben wir kein Vaterland", obwohl es dem Verfasser noch immer nicht in den Kopf will, wie der Urheber dieses "Schlachtrufes", selbiger Manuel Rodriguez nämlich, mitten in den Befreiungskriegen schon so selbstverständlich von der Existenz eines Vaterlands ausgehen konnte.

Pathologischer Verbrecherclub ungestraft

Am 5. Februar dieses Jahres wurden im Polizeirevier von Valparaíso an der chilenischen Pazifikküste zwei ehemalige Polizisten hingerichtet. Damit gilt der Fall des sogenannten Psychopathen von Viña del Mar als abgeschlossen und aufgeklärt: wo nun die vermeintlich allein Schuldigen abgeurteilt sind, nachdem General Pinochet ihr Gnadengesuch abgelehnt hatte, wird niemand mehr begründet eine weitere Untersuchung der Ereignisse verlangen oder gar die Frage nach den Hintermännern stellen können.

Knapp vier Jahre ist es nun her, daß sich in Chile Angst und Schrecken ausbreiteten, geschürt durch eine fortgesetzte reißerische Berichterstattung insbesondere der Boulevardpresse über das Unwesen eines oder mehrerer Triebtäter in der Gegend um Valparaíso und Viña del Mar. Diese großangelegte, sensationslüsterne Berichterstattung der regierungsgesteuerten Massenmedien über den "Psychopathen" (el sicópata), die nicht zuletzt darauf angelegt war, von den wahren innenpolitischen Problemen in Chile abzulenken, entbehrte keineswegs eines realen Hintergrundes, und genau dieser Hintergrund wurde zwischenzeitlich zu einer nicht zu unterschätzenden Eedrchung für die Herrschenden. Als dringend der verschiedenen Morde an Liebespärchen und Prostituierten, aber auch an einem Professor und einem Bankangestellten - ihre größte Gemeinsamkeit war die, allesamt als Oppositionelle bekannt gewesen zu sein - Verdächtiger wurde der reiche Industrielle Luis Gubler aus Viña del Mar festgenommen, und mit seiner Verhaftung ging die erste Mordserie zuende.

DRINGENDER TATVERDACHT

Über diesen Mann liegen ärztliche Gutachten vor, die ihm bei sehr hoher Intelligenz schwere psychotische Störungen bescheinigen. Aufsehenerregender ist jedoch - und dies wurde von den regierungstreuen Massenmedien in Chile bezeichnenderweise nicht ausgeschlachtet -, daß Gubler während der Regierungszeit der Unidad Popular und bei der Vorbereitung des Militärputsches von 1973 eine eindeutige Rolle gespielt hatte: er war der Kontaktmann des Nachrichten- und Geheimdienstes der Marine bei der faschistischen, paramilitärischen Organisation "Patria y Libertad" (Vaterland und Freiheit) gewesen.

Der Generaldirektor der chilenischen Kriminalpolizei, Fernando Paredes, ließ damals verlauten, Gubler sei zu 99% der gesuchte "sicópata", dafür gäbe es unwiderlegbare Beweise. Doch war dieser nicht irgendwer, schließlich gehörte er zu den Intimfreunden der chilenischen Führung, insbesondere von General Pinochet, und es kam, wie es in solchen Fällen immer kommt: Gubler drohte dem mit der Ermittlung gegen ihn beauftragten Kripobeamteten an, er werde seinen Arbeitsplatz verlieren, falls er die Untersuchung gegen ihn, Gubler, nicht unverzüglich einstellte; der ermittelnde Kri-

minalist sah sich gezwungen, wenige Tage später seinen Rücktritt einzureichen, da Gubler behauptete, er sei unter Folterungen zu einem Geständnis gebracht worden (welche Ironie angesichts der im vergangenen Jahr wieder bedrohlich angestiegenen Folterungen von Regimekritikern und -gegnern durch den chilenischen Geheimdienst, diese Anschuldigung aus dem Munde eines zumindest ehemaligen Geheimagenten zu vernehmen). Der Fall des Psychopathen aus Viña del Mar hatte in der chilenischen Öffentlichkeit allerdings schon dermaßen Furore gemacht, daß ein so dringend der Taten Verdächtiger nicht ohne weiteres entlassen werden konnte, es mußten also neue Täter gefunden werden; so wurde Gubler quasi gegen zwei Polizisten ausgetauscht, die auch prompt zum Tode verurteilt werden. Allerdings sprechen die äußerst niedrig anzusetzenden intellektuellen Fähigkeiten der Verurteilten eindeutig dagegen, daß es sich bei ihnen um die geistigen Urheber der Verbrechen handeln könnte, auch wenn sie die Taten selber allem Anschein nach tatsächlich begangen haben. Nicht zuletzt die Verkündung des Todesurteils mag zumindest einen der beiden Polizisten veranlaßt haben, endlich etwas "auszupacken". Danach seien er und sein Kollege nur die Ausführenden eines Verbrecherclubs in dem reichen Badeort Viña del Mar gewesen, der ab 1979 von einigen wohlhabenden Leuten ins Leben gerufen worden war und sich die Ausmerzung von Personen zum Ziel gemacht hatte, die in den Augen dieser Gruppe für die tiefgreifende Krise Chiles verantwortlich waren. Dieser Verbrecherclub, in dem sich Zivilisten und Uniformierte zusammengefunden hatten, zeichnete sich durch seine abstruse Mischung politischer, ethischer und sexueller Verwirrungen und Perversionen aus. Eines seiner Ziele war es nach Angaben eines der abgeurteilten Polizisten, Panikstimmung und Unruhe in Chile zu erzeugen.

Außer den Verbindungen des Verbrecherclubs von Viña zu Armee- und Geheimdienstkreisen wurde von den an sensationalistischer Berichterstattung interessierten Massenmedien ein weiterer Aspekt geflüssentlich außer acht gelassen: Bei den Opfern handelte es sich in erster Linie um Leute, die der Opposition gegen das Pinochet-Regime zuzurechnen sind. Aus diesen beiden Gesichtspunkten ergibt sich sich ganz offensichtlich eine Parallele zu einer Reihe von Gewaltverbrechen, die sich in Chile der Militärs seit deren blutiger Machtübernahme ereignet haben und bei denen es mit Ausnahme des Raubmords zweier CNI-Agenten in einer Bankfiliale in Calama in Nordchile nie zu einer Bestrafung der Täter kam. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang an die Massenmorde an Landarbeitern in Lonquén, Laja und Mulchén sowie an die verschiedenen Attentate gegen mißliebige Persönlichkeiten wie Orlando Letelier, Bernardo Leighton und andere. Die Ausführenden dieser Gewalttaten waren zumindest im Land selber in aller Regel Geheimdienstangehörige oder Polizisten, deren geistige und sittliche Reife in keinem Verhältnis zur Verantwortung und Bewaffnung in ihrem Dienst stand; die Hintermänner dieser und anderer Verbrechen blieben allerdings immer im Dunkeln, genau wie im jüngsten bekanntgewordenen Fall des Psychopathen von Viña del Mar.

EL SALVADOR

Die Streitkräfte kaufen Guerilla-Deserteuren Waffen ab

Im November 1984 veröffentlichte die salvadorenische Tageszeitung LA PRENSA GRAFICA eine Anzeige der Streitkräfte, in der Deserteuren aus der Guerilla Belohnungen für Waffen und Informationen angeboten werden. Wir übernehmen - leicht gekürzt - den Artikel von Gregorio Selser aus EL DIA (Mexico) vom 11.1.1985

Die salvadoreanischen Streitkräfte verfügen über große Geldsummen, um sie Aufständischen als Belohnung für eine Desertion aus der Guerilla anzubieten - unter der Bedingung, daß diese auch ihre Waffen oder sonstige Kampfausrüstung mitbringen.

Der Colón - die salvadoreanische Landeswährung, in der die Prämien, die die Streitkräfte in Dollars erhalten - ausgezahlt werden hat zwei Wechselkurse gegenüber der US-amerikanischen Währung: 2,50 Colones pro Dollar und ein Vorzugskurs von 3,75 Colones; der Schwarzmarktkurs liegt bei 5,50 C. Ein Anzeige der salvadoreanischen Streitkräfte in der Tageszeitung LA PRENSA GRAFICA vom 27.12.1984 (siehe Kasten) macht darauf aufmerksam, daß Geld verfügbar ist für diejenigen Deserteure, die folgende Waffen und Ausrüstungen mitbringen: 120 mm-Mörser "oder ähnliche, 81 und 60 mm-Mörser, Kanonen ohne Rückstoß, Raketenwerfer, Maschinengewehre, Granatwerfer, FAL-Gewehre (ein belgisches Fabrikat, das auch in Nicaragua von den Sandinisten verwendet wurde), Galil-Gewehre (israelisches Fabrikat), Karabiner, Waffen aus der Tschechoslowakei, Mauser und Ediston sowie Maschinenpistolen und Explosivwaffen. Die Anzeige enthält außerdem einen Geleitbrief, den der potentielle Verkäufer ausschneiden und übergeben soll, wenn er die Fronten wechselt; der Passierschein ist von Oberst Adolfo Odorifero Blandón, dem Chef des Vereinigten Generalstabs unterzeichnet.

Der mit "FRIEDENSBEMÜHUNG DER STREITKRÄFTE" betitelte Text bietet außerdem an, "bestätigte Informationen über zukünftige Operationen (der Guerilla, d.Ü.), ihre Führer, Lager und Verstecke" zu kaufen und garantiert die "physische und moralische Integrität" derer, die desertieren. Die Anzeige deutet darauf hin, daß die salvadoreanischen Streitkräfte eingestehen, daß die Aufständischen im Besitz schwerer Waffen (Mörser, Kanonen, Raketen-

und Granatwerfer, schwere MGs) sind, die sie kaum in Lastwagen, die Honduras durchqueren, verstecken könnten; sie sind auch nicht in kleinen Kanus zu transportieren, die die phantasievollen Interpretationen von Satellitenfotos ausmachten, und die der CIA als "Beweis" für den Waffentransport von Nicaragua nach El Salvador anführte. Diese Behauptungen gehörten zu Reagans Propagandakrieg gegen Nicaragua; sie mußten allerdings in letzter Zeit von der US-Regierung aufgegeben werden.

Es ist auch interessant, daß außer der allgemeinen Bezeichnung "tschechisches Gewehr" (ohne Angabe des Typs) kein anderer Hinweis auf Waffen aus dem sozialistischen Lager gegeben wird; die angeblich aus dem Ostblock stammenden Waffen der Guerilla waren ein besonders beliebtes Thema der US-Propaganda seit der Veröffentlichung des "Weißbuchs" der Reagan-Regierung zu Beginn der ersten Amtszeit. Im Gegenteil: die genannten Waffen stammen vor allem aus den USA, Belgien und Israel.

Eine interessante Zahl bietet für den "beispielhaften" Fall El Salvador auch das Statistische Jahrbuch der Weltgesundheitsorganisation (WHO), auch wenn es - was die Zahlen für die jüngste Zeit angeht - leider etwas veraltet ist: El Salvador verzeichnete 1981 die höchste Zahl von 37,6 Morden pro 100 Einwohnern. Morde, so die Definition der WHO, sind "Todesfälle, die von anderen Personen absichtsvoll herbeigeführt wurden"; diese Definition umfaßt ausdrücklich "politische Gewalttaten und Konflikte wie in El Salvador". Man muß sich daran erinnern, daß 1981 in El Salvador eine politisch-militärische Junta regierte - unter dem Vorsitz des beispielhaften Demokraten José Napoleón Duarte, des jetzigen Präsidenten. Unter den westlichen Nationen folgten auf El Salvador die Vereinigten Staaten "mit der höchsten Todesrate infolge von Mord oder absichtlich durch andere Personen herbeigeführte Verletzungen" - und das, obwohl es in den USA keine "außergewöhnliche Situation internen Krieges" gibt wie in El Salvador.

FUERZA ARMADA EN ESFUERZO DE PAZ.

La Fuerza Armada de El Salvador, con la convicción y deseo de alcanzar la paz en nuestro país, al menor costo de vidas posible, ha implementado un programa de bonificaciones a nivel nacional, para todas aquellas personas que pertenezcan a las filas extremistas y desean abandonarlas o que sin pertenecer a ellas estén en capacidad de entregar a las unidades militares, armamento, munición o cualquier información útil para el desempeño y movilización del Ejército Salvadoreño.

Para tal fin, se ha establecido una tabla que detalla el monto de las bonificaciones de acuerdo al material o información proporcionada, de la manera siguiente:

—Mortero 120 mm. o similar	₡ 2,500.00
—Mortero 81 mm.	₡ 2,000.00
—Mortero 60 mm.	₡ 1,500.00
—Cañón sin retroceso	₡ 2,000.00
—Lanzacohetes	₡ 1,500.00
—Ametralladora 50 mm.	₡ 2,000.00
—Ametralladora M-60	₡ 1,500.00
—Lanza Granadas	₡ 1,000.00
—Fusil FAL, G-3, M-16, Galil	₡ 1,000.00
—Garand M-1, Carabina	₡ 800.00
—Fusil Checo, Mauser, Ediston	₡ 500.00
—Escopetas	₡ 500.00
—Pistola Ametralladora	₡ 800.00
—Explosivos (por libra)	₡ 30.00
—Radios	De ₡ 100.00 a ₡ 5,000.00
—Depósitos de Armas	₡ 6,000.00
—Por información confirmada sobre operaciones futuras, líderes, campamentos y tatús	₡ 500.00
—Cartuchos (parque)	₡ 0.25

Igualmente, los ex-combatientes recibirán garantías para su seguridad personal, incluyendo un salvoconducto en el que se dan instrucciones a las autoridades militares de el país, en el sentido de que se guarden todas las consideraciones a su integridad física y moral.

SALVOCONDUCTO

EL EX-COMBATIENTE _____

Nombre

QUE HA PERTENECIDO A LA ORGANIZACION _____; HA DECIDIDO ENTREGARSE A LA FUERZA ARMADA; POR LO QUE EL ALTO MANDO, ORDENA A TODAS LAS AUTORIDADES MILITARES DE EL PAIS, PARA QUE SE LE GUARDEN TODAS LAS CONSIDERACIONES Y GARANTIAS A SU INTEGRIDAD FISICA Y MORAL.

Cnel. Adolfo O. Blandón
Jefe del Estado Mayor Conjunto de la
Fuerza Armada.

FRIEDENSANSTRENGUNGEN DER STREITKRÄFTE

In der Überzeugung und dem Wunsch, Frieden in unserem Land auf Kosten möglichst weniger Leben zu schaffen, haben die Streitkräfte ein nationales Belohnungsprogramm geschaffen; Belohnungen werden allen Personen gewährt, die zu den Extremisten gehören und diese verlassen möchten und für Personen, die in der Lage sind, militärische Ausrüstung, Waffen, Munition oder Informationen mitzubringen, die für die salvadorensischen Streitkräfte nützlich sind.

Die folgende Liste zeigt die Belohnungen für Material oder Informationen:

- Mörser 120 mm o.ä.	Col. 2 500,00
- Mörser 81 mm	2 000,00
- Mörser 60 mm	1 500,00
- Kanone ohne Rückschlag	2 000,00
- Raketenwerfer	1 500,00
- 50 mm Maschinengewehr	2 000,00
- M-60 Maschinengewehr	1 500,00
- Granatwerfer	1 000,00
- FAL-Gewehr, G-3, M-16, Galil	1 000,00
- Garand M-1, Karabiner	800,00
- tschechisches Gewehr, Mauser, Ediston	500,00
- Flinten	500,00
- Maschinenpistole	800,00
- Sprengstoff pro libra (456g)	30,00
- Radios	Col 100,00 - 5 000,00
- Waffenlager	6 000,00
- Bestätigte Informationen über zukünftige Operationen, Führer, Guerillalager und Verstecke	500,00
- Patronen	0,25

Die früheren Kämpfer erhalten Garantien für ihre persönliche Sicherheit, einschließlich eines Geleitbriefes mit der Anweisung an die Militärbehörden des Landes, die physische und moralische Integrität des Trägers zu gewährleisten.

GELEITBRIEF

Der Ex-Kämpfer _____ der zu der Organisation _____ gehörte, hat sich den Streitkräften ergeben. Daher befiehlt das Oberkommando allen Militärbehörden des Landes, seine physische und moralische Integrität zu gewährleisten.

Oberst Adolfo O. Blandón
Chef des gemeinsamen Generalstabs der
Streitkräfte

LATEINAMERIKA

Papstreise: Jogging für Gott oder Streiten für Reagan

"In blendender körperlicher Verfassung", so war es in verschiedenen Agentur-Meldungen zu lesen, habe der fast 65-jährige Johannes Paul II. seine jüngste 12-Tage-Reise durch Venezuela, Ecuador, Peru und Trinidad-Tobago überstanden. Lediglich ein einziger leichter Schwächeanfall habe zur Absage eines Programmpunktes geführt.

Die kurze Unpäßlichkeit ereilte den Papst - dem man ohnehin einen sicheren Sinn für das richtige timing nachsagt - ausgerechnet an einer der delikatesten Stellen des schwierigen Parcours: in Lima mußte er seine vorgesehene Begegnung mit dem örtlichen Klerus absagen, zu dem auch Lateinamerikas prominentester Befreiungstheologe Gustavo Gutierrez gehört, um sich ein bißchen für die nächste Steigung zu schonen, für seinen Abstecher nach Cuzco und Ayacucho. (Der ARD ist in diesem Zusammenhang zu raten, auf die nächste Papstreise einen Sport-Reporter mitzunehmen, denn Sonderkorrespondent Eberhard Pilz kannte sich, das wurde verschiedentlich in peinlicher Weise deutlich, auf diesem Gebiet nicht besonders gut aus. Dafür verstand er um so weniger von den sozialen Hintergründen.)

Aber selbst in der dünnen Luft des Altiplano reichte die Kondition des Papstes noch aus, um ihn lauthals gegen Abtreibung und Empfängnisverhütung, gegen uneheliches Zusammenleben und gegen den Ungehorsam einiger Priester wettern zu lassen.

Als ob das die vordringlichsten Probleme Lateinamerikas wären!

Läßt man zunächst einmal die kircheninternen Motive für diese 6. Lateinamerika-Reise des Papstes außer Acht, so stößt man auf den wiederholten Hinweis seiner Friedensmission für den von Gewalt zerrissenen 'katholischen Kontinent'. Und niemand wird dem Papst sein Bemühen für den Frieden abprechen können. Seine erfolgreiche Vermittlung im Konflikt zwischen Chile und Argentinien, die in den Jahren 1978/79 wegen des ungeklärten Grenzverlaufs an der Südspitze des amerikanischen Kontinents am Rande eines Krieges standen, gibt ihm dazu sogar eine zusätzliche Kompetenz.

Aber welchen Frieden will der Papst für Lateinamerika?

Zehn Tage vor seiner Abreise aus Rom ließ Johannes Paul II. überraschend verkünden, daß er bereit sei, bei den Verhandlungen zwischen der Regierung und Guerrilleros in El Salvador zu vermitteln. Noch bei seiner vorigen Reise in die Karibik und nach Zentralamerika hatte der Papst die FMLN-Guerrilleros mit keinem Wort erwähnt! Inzwischen jedoch haben auf Drängen und mit Billigung von Pentagon und State-Departement der USA erste Gespräche zwischen der Regierung Duarte und der FMLN-Führung stattgefunden.

Nachdem also Washington grünes Licht für die Verhandlungen in El Salvador gegeben hatte, entdeckt plötzlich auch der Vatikan die FMLN als gesprächswürdigen Partner.

Gegenüber der sandinistischen Regierung in Managua gibt es ebenfalls eine solch auffallende Identität der Interessen zwischen Washington und dem Vatikan. Nahezu zeitgleich mit der Ankündigung der US-Regierung, sie werde Gespräche mit den Sandinisten aussetzen und zukünftig auch alle Verfahren des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag ignorieren, der die Aggressionsvorwürfe Nicaraguas gegen Washington prüft, gab die Katholische Bischofskonferenz Nicaraguas die endgültige Suspendierung der 4 katholischen Priester bekannt, die Regierungsämter der Sandinisten bekleiden.

Will der Papst - und dieser Verdacht muß sich unwillkürlich aufdrängen - wirklich jene PAX AMERICANA, wie sie seit der Verkündigung der Monroe-Doktrin im Jahre 1823 ("Amerika den Amerikanern" - sprich: Amerika den Nordamerikanern) für die lateinamerikanischen Völker einen bitteren Beigeschmack hat?

Kann der Oberhirte der zu rund 90% katholischen Lateinamerikaner einen Frieden wollen, der die sozialen Ursachen von Ungerechtigkeit, Verfolgung und Gewalt ausklammert, die große Mehrheit der Bevölkerung in Armut und Abhängigkeit beläßt und sich nur an den außenpolitischen und wirtschaftlichen Interessen der USA orientiert?

Ist denn der Papst aus Polen dem grobschlächtigen Antikommunismus des Ronald Reagan so sehr auf den Leim gegangen, daß er das Spiel mitmacht, die sozialen Ursachen der lateinamerikanischen gewaltsamen Konflikte zu ignorieren - wie es die Lateinamerikapolitik der USA seit Reagans Amtsantritt permanent tut - und sie gegenüber der eigenen Öffentlichkeit und gegenüber den Verbündeten als bloße Folge der Ost-West-Auseinandersetzung, als Komplott des internationalen Marxismus, zu erklären?

Kein Guerrillero greift in Lateinamerika zur Waffe, weil er einen Befehl aus Moskau oder Havanna dazu erhält, sondern weil er es nicht mehr ertragen kann, daß unschuldige Bauern umgebracht werden, daß Studenten, Rechtsanwälte oder Gewerkschafter spurlos verschwinden oder daß tausende von Kindern verhungern, während gleichzeitig in obszöner Ausmaß Gewinne lateinamerikanischer Filialen von US-Konzernen und anderen multinationalen Unternehmen in private Taschen wandern.

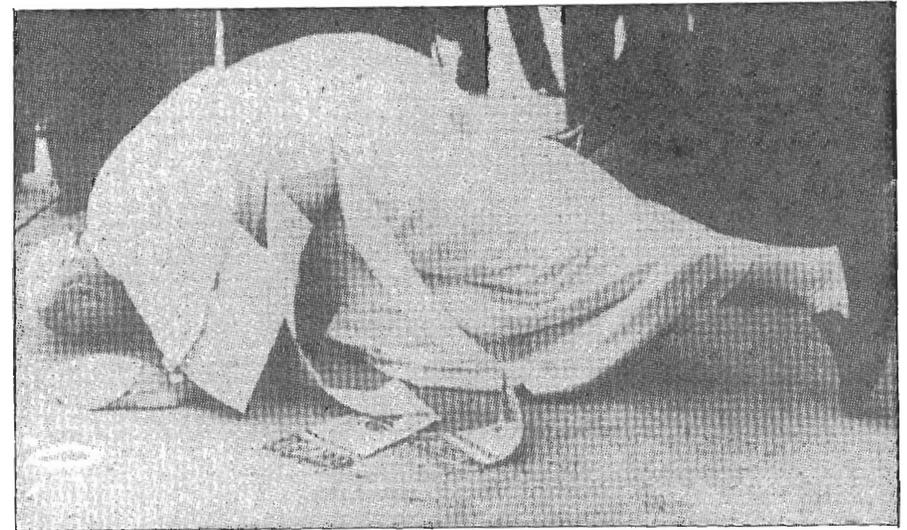
Ein großer Teil der lateinamerikanischen Bischöfe und Priester hat diese wirklichen Ursachen der Gewalt in Lateinamerika längst erkannt. Immer wieder haben sie auf den Zusammenhang zwischen der "strukturellen Gewalt" einer ungerechten Gesellschaft und der Gewalt des Widerstandes dagegen hingewiesen. Das und nichts anderes verurteilt jedoch der Papst, wenn er die Theologie der Befreiung ablehnt.

Besonders in Peru und in Ecuador ist er gegen diese sozial engagierte Theologie zu Felde gezogen. Besonders in diesen beiden Ländern gibt es aber viele Priester, die sich konkret für die Masse der Armen engagieren - in "sozial-ökonomischen Projekten", die der Papst ausdrücklich verurteilt hat. Indem er dies tut, macht er sich abermals zum Fürsprecher jener PAX AMERICANA, die eine Kirche braucht, die sich nicht in das politische Geschäft einmisch.

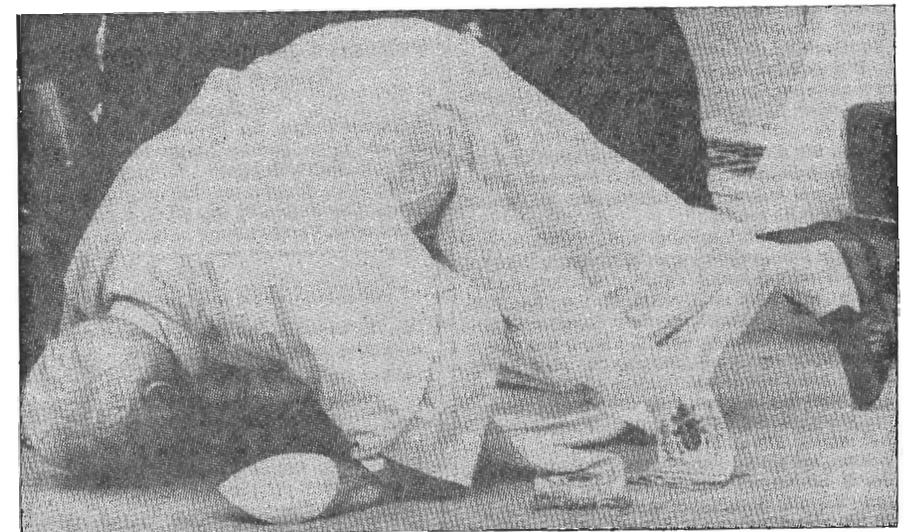
Und indem er einem großen Teil der Priester die theologische Unterstützung entzieht, macht er sie angreifbarer gegenüber politischen Vorwürfen. Ecuador und Peru sind nach außen zwar keine Militärdiktaturen, aber sie zeichnen sich nicht eben durch Toleranz und Liberalität gegenüber progressiven Basisbewegungen aus, zu denen auch jene vom Papst angegriffenen "sozial-ökonomischen Projekte" zu zählen sind.

Dieser Papst sollte in Zukunft keine Träne mehr über einen von Militärs oder paramilitärischen Todesschwadronen der Rechten ermordeten Priester in Lateinamerika vergießen. Denn er selbst wird sich von dem Vorwurf nicht freisprechen können, mit dafür gesorgt zu haben, daß solche engagierten Priester zum Abschluß freigegeben worden sind!

BEIM EINLÄUTEN DER NÄCHSTEN RUNDE ...



... DER OBLIGATORISCHE LIEGESTÜTZ



COSTA RICA

Ein Bananenmulti geht seinen Weg

Zurück bleiben Arbeiterrechte und nationale Souveränität (ZT)

Der Bananensektor spielt in Costa Rica in vieler Hinsicht eine besondere Rolle. Wirtschaftlich wird seine Bedeutung v.a. dadurch unterstrichen, daß er neben dem Kaffee der größte Exportzweig ist. Seine soziale und politische Besonderheit besteht zum einen darin, daß er im Gegensatz zum Kaffee von Beginn an von US-Multis kontrolliert wurde. Ihre Bananenplantagen und die ihrer einheimischen Zulieferer liegen fernab vom Zentrum des Landes, was nicht nur geographisch zu verstehen ist. Zum anderen war die Bananenregion am Atlantik in den 30er Jahren die Wiege einer starken Gewerkschaftsbewegung. Seitdem gehören die Bananengewerkschaften zu den bedeutendsten des Landes.

In den letzten Monaten kam es im Bananensektor zu zwei großen miteinander verknüpften Konflikten, die politisch und wirtschaftlich beträchtliche Folgen haben dürften: Der längste Streik in der costaricanischen Geschichte und die Drohung der United Brands, die Bananenproduktion einzustellen.

Seit längerem setzen die Bananen-Multis die Mitglieder der Vereinigung der Bananenproduzierenden und -exportierenden Länder (UPEB) unter Druck, Exportsteuern zu senken und Subventionen zu erhöhen (vgl. LN 116). Ihre stärkste Waffe ist zur Zeit die Bananenüberproduktion, die laut UPEB und FAO für 1984 500.000 Tonnen ausmacht. Ohne Eingriffe sollen es in den nächsten Jahren gar 1 Mio. Tonnen werden. Mit dem Argument der Konkurrenz auf dem Weltmarkt werden von den nationalen Regierungen Zugeständnisse eingefordert. Teilweise wird nach schlechter, alter, "marktkonformer" Strategie der Überproduktion mit Vernichtung der Früchte "begegnet"; so vernichtete Ende 1984 die Standard Fruit Co. in Honduras 250.000 Kisten mit Bananen.

Auch in Costa Rica üben die Multis seit längerem Druck aus, um aus dieser Überproduktion möglichst zusätzliche klingende Münze zu ziehen. Die Maßnahmen, die sie in diesem Zusammenhang als Druckmittel

ergreifen, u.a. Einschränkung der Produktion, Umorientierung auf andere Produkte, treffen natürlich nicht nur den Fiskus, sondern v.a. die entlassenen Arbeiter, für die in den Bananenregionen kaum neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu finden sind. So ist die Bananenregion an der südlichen Pazifikküste Costa Ricas seit längerem Ort starker sozialer Spannungen. Entlassenen Bananenarbeitern blieb häufig nichts anderes übrig, als unbebautes Land in Besitz zu nehmen, um ihr Überleben zu sichern. Die Repression der Guardia Rural ließ dann nicht lange auf sich warten.

DER STREIK

Am 10. Juli letzten Jahres rief die Unión de Trabajadores de Golfito (UTG) die Arbeiter in den Plantagen, Verarbeitungs-, Verpackungs- und Verladeeinrichtungen von Bananen und Ölpalmen der United Brands zum Streik auf. Sie forderte v.a. eine 60%-ige Lohnerhöhung, nachdem seit Januar 1983 die Löhne stabil geblieben waren. Bei Inflationsraten von ca. 12 % 1983 und ca. 16 % 1984 bot die Compañía Bananera (wie die United Brands-Tochter in Costa-Rica heißt) lediglich 10 % Lohnerhöhung und weigerte sich, in Lohnverhandlungen einzutreten. Die Regierung, die in jedem größeren Streik ein Glied in einer Kette kommunistischer Destabilisierungsaktionen sieht, griff - entgegen ihrem sonst üblichen Vorgehen - nicht ein, um Verhandlungen zustande zu bringen. blieb entsprechender Druck auf die "Compañía" aus, so wurde gegen die streikenden Arbeiter ganz anders vorgegangen. Bei Auseinandersetzungen zwischen Streikenden und der Guardia Rural wurden zwei Arbeiter - Franklin Guzmán und Luis Rosales Villegas - getötet, eine Vielzahl verletzt. Die "Compañía" konnte es sich angesichts einer solchen "Neutralität" der Regierung leisten, eine große Anzahl der Streikenden einfach zu entlassen - was für diese gleichzeitig den Verlust der konzerneigenen Wohnungen bedeutete.

Angesichts von Repression und Unnachgiebigkeit der "Compañía", die Drohungen gegenüber Streikenden mit Anreizen für Streikbrecher verband, angesichts aber auch eines Abbrückelns der Streikfront (über das naturgemäß unterschiedliche Zahlen genannt werden) und leerer Kassen, nahm die UTG schrittweise ihre Forderungen zurück, ohne daß es seitens der Compañía ein Entgegenkommen gab. Im September forderte die UTG lediglich noch Lohnerhöhungen von 16 % für die Arbeiter der Ölpalmen-Sektion, 20 % für die Bananenarbeiter, sowie Rücknahme der Entlassungen, keine Repression und Entschädigungen für die Familien der getöteten Arbeiter.

DIE GRÜNDE FÜR DIE NIEDERLAGE

Nach 72 Tagen und nachdem Regierung, "Compañía" und Medien den Streik schon längst totgesagt hatten, brach er zusammen. Der längste Streik in der Geschichte der costaricanischen Arbeiterbewegung war eine vollständige Niederlage. Dafür war eine Reihe von Faktoren ausschlaggebend. Die Situation auf dem Bananenmarkt erlaubte es der United

Brands offensichtlich, die gemeldeten Verluste von ca. 23 Mio. Dollar zu verkraften; die politischen Kosten für die ohnehin geplante Beschränkung der Bananenproduktion konnten so auf die Arbeiter gewälzt werden.

Die Repression und "Neutralität" der Regierung in der Verhandlungsfrage schwächte die Position der Gewerkschaften. Schließlich muß aber auch der politische Hintergrund des Streiks erläutert werden.

Die meisten Mitgliedsgewerkschaften des größten Gewerkschaftsdachverbandes, der CUT, sind von der SU-orientierten PVP (Partido Vanguardia Popular) dominiert. Deren Spaltung (vgl. LN 130) zog eine Reihe von Auseinandersetzungen nach sich. Sowohl in der Spitze der CUT als auch in den Einzelgewerkschaften begannen die Vertreter der beiden Flügel der PVP um die Kontrolle der Apparate zu kämpfen. Die UTG blieb "in der Hand" des Flügels um Humberto Vargas und Arnoldo Ferreto, die sich auch innerparteilich durchgesetzt haben. Einen Streik angesichts der ungünstigen, oben erläuterten Bedingungen, die durch die insgesamt defensive Situation der Volksorganisationen weiter verschlechtert wurden, haben Beobachter als Versuch der PVP-Führung gewertet, ihre Position als ein Signal der Mobilisierungsfähigkeit und Kampfbereitschaft zu stärken. Die Lage der CUT insgesamt, die wegen der inneren Auseinandersetzungen sowohl hinsichtlich der Finanzkraft als auch der Möglichkeit zur Mobilisierung von Solidaritätsaktionen geschwächt war, brachte den Streik in eine relativ isolierte Lage. Seitens anderer CUT-Gewerkschaften, die vom ehemaligen PVP-Flügel um die Gebrüder Mora kontrolliert werden (der sich jetzt in der Partido del Pueblo Costarricense organisiert), wurden wirkungsvolle Solidaritätsaktionen nicht unternommen. In den Streikgebieten kritisierten "Moristas" die PVP-getragene Streikführung, was die Geschlossenheit des Streiks weiter schwächte. Insgesamt also wurde der Streik unter äußerst ungünstigen äußeren (Stärke der "Compañía", Position der Regierung, Propaganda der Medien) und auch inneren Kräfteverhältnissen (Spaltung, allgemeine Schwäche der Volksorganisationen) begonnen.

Nach dem Zusammenbruch des Streiks, also der Rückkehr der nicht entlassenen Arbeiter an "ihre" Arbeitsplätze, versuchte die "Compañía", der Niederlage dauerhaften Charakter zu geben: Sie beantragte, die UTG wegen verschiedener Gesetzesverstöße aufzulösen. Auch andere negative langfristige Folgen des Streikverlaufs zeichnen sich ab, vor allem eine innere und äußere Schwächung der Bananengewerkschaften. Schon während des Streiks hatte es Beispiele mangelnder Kommunikation zwischen Gewerkschaftsführung und Basis gegeben; z.B. waren die jeweiligen "aktuellen" Streikforderungen z.T. nicht allgemein bekannt, was Konfusion hervorrief und die Kampfbereitschaft der existentiell bedrohten Arbeiter schwächte. Nach dem Streik forderten Arbeiter vom PVP-Parlamentsabgeordneten Ferreto die Zahlung der durch den Streik verlorenen Löhne und verlangten von ihm die Aufgabe seiner Immunität als Abgeordneter.

IST DIE ZEIT DER BANANENREPUBLIK VORBEI?

Das Verhalten der "Compañía" und der Regierung im Bananenstreik muß auch vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen um Subventionen und Exportsteuern gesehen werden, die in der Region seit längerem in Gang sind. 1988 läuft ein 50jähriger Vertrag zwischen der costarricanischen Regierung und der United Brands (demals United Fruit) aus, in dem sich der Bananenmulti gegen weitgehende Zugeständnisse verpflichtete, auf einer Mindestfläche (einige Quellen sprechen von 2.000 ha, andere von 4.000 ha) Bananen anzubauen. Schon vor dem Ablauf dieses Vertrags schränkt die "Compañía" die Produktion mehr und mehr ein, pflanzt auf großen Flächen Ölpalmen statt Bananen und verlagert Infrastruktureinrichtungen wie Schienenstränge auf ihre Plantagen in Panamá. Der Streik bot der "Compañía" ein weiteres Argument für die Einschränkung der Aktivitäten, da sich in den vernachlässigten Plantagen die Bananenerkrankung sigatoka negra habe ausbreiten können und die Wiederaufnahme der Produktion daher zu kostspielig sei. Die Regierung, die schon die Exportsteuern von 1 Dollar auf 70 Cent pro Kiste gesenkt hatte, wollte der United Brands im Streik keine neuen Argumente liefern, was zu ihrer harten Haltung gegenüber den Streikenden beitrug.

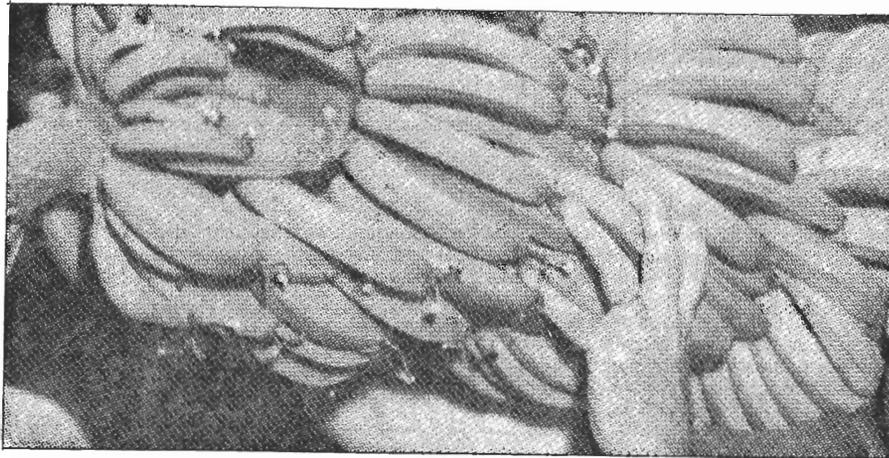
Im November verlautete aus Kreisen der "Compañía", daß der Multi die Bananenproduktion in Costa Rica ganz einstellen wollte. Schnell zeigte sich aber, daß ein Rückzug aus dem costarricanischen Bananengeschäft nicht beabsichtigt war. Die Forderung der "Compañía" konkretisierte sich vielmehr in Richtung auf weitere Exportsteuersenkungen und Einschränkungen der gewerkschaftlichen und sozialen Rechte der Arbeiter. Gleichzeitig wird die Tendenz zur Übergabe der Produktion (und des Risikos) an nationale Pflanzler zugunsten der Kontrolle des profitablen Exports verstärkt. Dafür bot die "Compañía" der Regierung mehrere tausend Hektar zum Kauf an, während allein zwischen September und November 1984 600 der 3.000 Beschäftigten entlassen wurden. In längeren Verhandlungen "verzichtete" die Regierung im Januar 1985 schließlich darauf, von der "Compañía" die Einhaltung des Vertrages zu verlangen. Die "Compañía" verkauft nach dem Verhandlungsergebnis 1200 ha an ASBANA (Vereinigung Nationaler Bananenpflanzler) und 900 ha an ehemalige Beschäftigte, wofür sie die Vermarktung von 4 Mio. Kisten (zunächst?) garantiert.

P.S. An den Verhandlungen zwischen United Brands und der Regierung hatte zeitweise auch der US-Botschafter teilgenommen. Die letzte Runde der Verhandlungen mit einem der wichtigsten "Erzeuger" von Devisen für Costa Rica fand dann nicht im Land selbst statt. United Brands ließ den zuständigen costarricanischen Minister nach Miami bitten ... Bananenrepublik?

Quellen: Aportes, taz, inforpress, Latin America Report, Semanario COPAN, La Nación

HUNGERSTREIK BEEDET

17 Tage lang dauerte der Hungerstreik, den Mitglieder des Comité Patriótico Nacional (COPAN) am 22. Oktober letzten Jahres begannen. (Vgl. LN 130). Mit ihm sollte auf die katastrophale Lage im Wohnungssektor aufmerksam gemacht und die Regierung veranlaßt werden, Maßnahmen zur Beseitigung der Wohnungsnot zu ergreifen. Gleichzeitig war er ein Protest gegen die vom Wahlkampf motivierte Behandlung der Anträge auf Berücksichtigung in entsprechenden Regierungsprogrammen; Mittel für im COPAN organisierte Familien waren nachträglich anderen zugute gekommen, die die Regierungspartei unterstützten. Der COPAN bezeichnete den Hungerstreik als Erfolg. Nicht nur habe die Regierung Zugeständnisse hinsichtlich der konkreten Forderungen gemacht (u.a. Berücksichtigung einer größeren Anzahl von "COPAN-Familien", Bildung einer gemeinsamen Kommission), im Zusammenhang mit dem Hungerstreik sei auch eine beträchtliche nationale und internationale Mobilisierung gelungen. Andererseits konnte gegen den Boykott der herrschenden Medien keine Informationsarbeit geleistet werden, die die Motive des Hungerstreiks so verständlich hätte machen können, daß es zu umfangreichen Solidaritätsaktionen gekommen wäre. Insgesamt blieben Unterstützungsaktionen weitgehend auf den universitären Bereich beschränkt. Inwieweit der Hungerstreik hinsichtlich der konkreten Forderungen erfolgreich war, kann erst in der Zukunft gesagt werden, wenn sich zeigt, ob die Regierung ihre Zusicherungen hält.



SOLIDARITÄT

Replik zum Leserbrief deutscher Internationalisten in Nicaragua

Euer Rundschlag gegen die Nicaragua-Berichterstattung der taz ist leider typisch dafür, wie man die Zeitung selektiv lesen und kommentieren kann: Artikel, die ins eigene Weltbild passen, werden als selbstverständlich abgehakt; was einem querkommt wird auseinandergenommen - am besten mit Hilfe falscher oder verkürzter Zitate. In eurem Fall, um zu beweisen, daß die taz wieder einmal nicht "solidarisch" genug war.

Ich bleibe bei eurem Beispiel: die taz-Sonderberichterstattung am Tage vor den Wahlen in Nicaragua. Da werft ihr meinem Bericht vor, er würde nur Daniel Ortegas Rede zitieren ("Reale Gefahr einer nordamerikanischen Intervention"), die "Vorgefallenen Ereignisse" aber weglassen, wie die ersten Überschalldetonationen des Spionageflugzeuges der US-Luftwaffe. Daß direkt unter diesem Artikel ein Vierspalter stand unter dem Titel "US-Düsenjäger sorgt für Bombenalarm", scheint euch nicht aufgefallen zu sein.

Nicht mehr mit der Zufälligkeit eurer Lektüre zu entschuldigen ist es allerdings, wenn ihr Leo Gabriels Analyse der Wahlen entnehmt, daß diese "sowieso nur eine Farce waren". Wer sich die Mühe macht, im Original den Schlußsatz nachzulesen, sieht eure mutwillige Verdrehung. Da steht: "Unter all diesen Voraussetzungen erscheint der Wahlkampf in Nicaragua - fast allen internationalen Presseberichten zum Trotz - als ein außergewöhnlicher Versuch, einen eigenständigen Weg zur Demokratie zu finden."

Auch euer nächstes Beispiel wird zum Eigentor. Leo Gabriel nehme "die Einschränkungen der Freiheiten und Interessen des Bürgertums" zum Maßstab für die Revolution. Tatsächlich stellt er aber "die Frage der Vereinbarkeit eines revolutionären Prozesses mit den Grundsätzen der bürgerlichen Demokratie". Verräterisch für euern Politikbegriff, daß ihr hier Freiheiten des Bürgertums statt bürgerliche Freiheiten ("derechos civicos") schreibt. (Der 'citoyen' der französischen Revolution ist eben nicht der 'bourgeois'.) In Nicaragua wird doch nicht nur 'La Prensa' zensiert, die auch ich für ein entsetzliches Schmierblatt halte, sondern auch die Linke. (So durfte das Radioprogramm des MAP-ML im September nicht über den METASA-Streik berichten.)

Ja, laßt uns darüber diskutieren, wieweit Einschränkungen unter Kriegsbedingungen unvermeidlich sind. Aber dann ehrlich. Warum behauptet ihr: "Zensiert werden ausschließlich Berichte und Kommentare über die militärische, versorgungspolitische Situation"? Ihr wißt doch auch (die Kopien zirkulieren in Managua), daß Streiks, Demos gegen den Wehrdienst und die ganze Berichterstattung über den PLI-Parteitag rauszensiert wurden. Übrigens: Als eine Woche später auf dem Parteitag der "Konservativen" die gleichen Kontroversen um Wahlteilnahme und Wahlboykott stattfanden, durfte alles erscheinen. Warum dann nicht diskutieren (wie ihr es Klaus Dieter Tangermann vorwerft), ob eine sprunghafte und wenig rationale Pressezensur mehr schadet als nützt? Ihr dagegen setzt einfach die Pressezensur - also Informationsunterdrückung - mit der hiesigen Anti-Springer-Kampagne gleich - also mit der Öffentlichmachung der Schweinereien eines Informationsmonopols. Da verkommen historische Parallelen zur Apologie.

Ihr wollt etwas Positives dagegensetzen, wenn die taz den Skeptikern die Frage "suggeriert", ob sich Solidarität "denn überhaupt noch lohnt" - "angesichts all dieser Schwachstellen im revolutionären Prozeß, der doch bitte 'rein' zu sein hat." Mit eurer FSLN-Apologie fördert ihr doch selbst diesen Anspruch der Reinheit und damit das "Trümmerfeld verblaßter Hoffnungen bundesdeutscher Revolutionsfantasien fernab der Heimat", das ihr diagnostiziert. Illusionierung und die immer folgende Desillusionierung muß man - im Sinne der Solidarität - anders bekämpfen: indem wir die Revolution mit ihren historisch begrenzten Möglichkeiten zeigen; indem wir nicht ihre Idealisierung betreiben, sondern lernen, mit ihren Widersprüchen für unsere Politik hier umzugehen, statt propagandistische Verkürzungen herüberzutragen. Das ist nicht (bürgerlicher) "Pluralismus", wie ihr der taz unterstellt. Denn durch unsere eigenständige Analyse wird unser Eintreten für Nicaragua und gegen Reagans Kriegspolitik nicht weniger wichtig und nicht weniger richtig - dafür aber dauerhafter.

Mit eurer impliziten Parole "Weg mit den Widersprüchen - was wir brauchen, sind positive Identifikationen" jedenfalls scheint ihr mir der nicaraguanischen Revolution einen Bären-dienst zu erweisen.

(Michael Rediske in der taz vom 14. 1. 1985)

FILM

Filme der Welt - für den Frieden der Welt

27. Internationale Leipziger Dokumentar- und Kurzfilmwoche für Kino und Fernsehen vom 23. - 29. November 1984

Beeindruckende Dokumentarfilme aus Lateinamerika, besonders Nicaragua, waren die Hauptattraktion des Treffens von 568 Filmleuten aus 65 Ländern, West-Berlin, vom ANC, der PLO und des Komitees antifaschistisches Chile, das seinen Schwerpunkt auf das dramatische Bild Mittelamerikas unter der Bedrohung durch die Regierung der Vereinigten Staaten legte. "Hände weg von Nicaragua" war die in allen Sprachen meistgehörte Parole, mit der Teilnehmer und Gäste ihre Forderung nach Frieden und Freiheit für das Vaterland der Sandinisten ausdrückten.

In der Kategorie der Filme bis 35 Minuten wurde der nicaraguanische Film "Wir brechen die Stille" (15 Min.; Regie Ivan Arguello; Kamera Armando Marengo; Produzent INCINE) mit einer Goldenen Taube ausgezeichnet. Der Film zeigt die Arbeit einer Freiwilligenbrigade in Nicaragua, die eine Telefonleitung verlegt. Die jungen Arbeiter müssen die natürlichen Hindernisse einer Region überwinden, die von konterrevolutionären Angriffen bedroht wird.

Der Preis des Internationalen Studentenbundes wurde an den Film "Rio San Juan - Auf dieser Seite des Tores" aus Nicaragua verliehen (21 Min.; Regie Fernando Somorriba; Kamera Armando Marengo). Der Film erzählt das Leben von Bauern in den Grenzdörfern, die durch konterrevolutionäre Angriffe bedroht werden. Unter dem Schutz der nicaraguanischen Armee wird ein Dorf umgesiedelt.

Ein Ehrendiplom erhielt der Film "Genocid in Guatemala" (28 Min.; Regie Salomon Zetune; Kamera Carlos Martinez). Der in Mexiko produzierte Film zeigt wie die Armee Guatemalas mit Unterstützung der USA einen Ausrottungsfeldzug gegen die indianische Bevölkerung und gleichzeitig gegen revolutionäre Kräfte führt. Er enthüllt die grausame Tragödie indigener guatemalteckischer Landarbeiter, Überlebender der Massaker der Militärregimes, die die Politik der verbrannten Erde praktizieren. In Zonen wie Quiché, San Marcos, El Petén und Alta Verapaz wurden 170 Siedlungen zerstört und die Einwohner massakriert. Die Überlebenden entkamen nach Mexiko, und zur Zeit leiden dort mehr als 150 Tausend Flüchtlinge an Hunger und Krankheiten. Gleichzeitig gibt es im Innern Guatemalas eine Million Menschen, die täglich von der Repression bedroht sind. Seit 1954 wurden mehr als 100 Tausend Guate-

malteken ermordet. Transnationale Konzerne kontrollieren 85% der nationalen Güter.

Möglicherweise einer der interessantesten Filme des Festivals von Leipzig war "Bluternte" (BRD; 89 Min.; Regie Hanns Christoph Kock; Kamera Michael Gregor und Wilfried Zeckai). Als gründliche, vielseitige und gewissenhafte Reprotage, die nicht mit billigen Slogans arbeitet, zeigt der Film, wie Pharmakonzerne Riesengewinne aus menschlichem Blut erzielen. Rücksichtslos wird die physische Existenz der Ärmsten der Armen besonders in den USA und den im Süden angrenzenden Ländern bedroht. Blut als Ware. Weit mehr als 300 kommerzielle Blutbanken mit mehr als 300 Tausend registrierten Dauerspendern beliefern die plasmaverarbeitende Industrie. Auch deutsche Konzerne wie Hoechst und Bayer unterhalten in diesen Ländern Tochtergesellschaften. Ein im Film interviewter Manager spricht von den USA als "OPEC des Plasmas". "Die Bundesrepublik ist für uns der lukrativste Markt für Plasmaprodukte," verkündet im Film ein Plasmaproduzent.

Mitglied der Internationalen Jury des Festivals war neben Vertretern der USA, Ägyptens, der Sowjetunion, der Niederlande, der DDR, Moçambiques und Bulgariens der Nicaraguenser Ramiro Lacayo Deshon, der die Situation seines Landes so zusammenfasste: "Unsere Region muß unter ständiger Bedrohung einer militärischen Intervention von den USA leben. In El Salvador versuchen die USA, den Sieg des Volkes zu vereiteln, indem sie die kühnsten Traume und die Bestrebungen dieses Volkes verhindern wollen. In Honduras wollen die Nordamerikaner einen Stützpunkt sichern, von dem aus sie später gegen Nicaragua, gegen El Salvador und gegen Guatemala militärisch vorgehen können, wodurch sie natürlich das Volk von Honduras seiner Würde, seiner nationalen Identität und seiner Souveränität berauben. Die Internationale Solidarität spielt eine sehr bedeutsame Rolle dabei, daß die Blockade durchbrochen wird, die der Imperialismus uns aufzwingen will, und auch der Würgegriff des Elends durchbrochen wird, das die Amerikaner uns aufzuzwingen trachten."

Zeitschriftenschau

BOLIVIA SAGO Nr. 51 Forsterstr. 41, 1000 Berlin 36
Zur politischen Lage: Parlaments- und Regionalwahlen / Inflation - steigender Bargeldbedarf / Unruhen bei Militärs beseitigt / Zersplitterung der Parteien / Entwicklung der Streiks / Verluste der staatlichen Betriebe / Produktion / Widerstand der Unternehmer - Reaktion der Arbeiter / Neues Kabinett / **Wirtschaft:** Zur Auslandsverschuldung Boliviens: Das Entsetzen über Boliviens fehlende Zahlungsfreude / Verschuldungssituation Boliviens / Die "Moratoriumserklärung" und weltweite Reaktionen / Ablehnung der transnationalen Banken / Würden IWF-Rezepturen helfen? / **Psychologie in Bolivien:** Teil 2: Risikogruppen und Risikofaktoren in Stadt und Land / **Nachruf:** Zum Tode von René Zavaleta

AIB 2/85 Liebigstr. 46, 3550 Marburg
Kommentar: Reagans Krieg um die Köpfe / **Psychologischer Krieg:** UNESCO-Austritte - Gegenschlag des "Informationsimperialismus" / Positionen der Nichtpaktgebundenen und der AAPSO / Psychologischer Krieg gegen Nicaragua / "Die rote Flut" / **Grenada:** Wahlsieg der Besatzer / Manifest der MBPM / **Haiti:** Die Furcht besiegt / **Kampuchea:** Gespräch mit Premierminister Hun Sen / **Indien:** Rajiv Gandhis Wahltriumph / Die Giftgaskatastrophe von Bhopal / **Pazifik:** Kanaken fordern Unabhängigkeit für Neukaledonien / **Angola:** Alternativen zum Namibia-"Linkage" / Brief von dos Santos an Perez de Cuellar / **EG - Dritte Welt:** Zweischneidiges Lomé III / **Kultur:** Pablo Neruda

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen 1/85
Ruhrstr. 14, 4040 Neuss 21
Dokumentation des Seminars 'Ökologie und Dritte Welt': Der tropische Regenwald und seine Vernichtung / Regenwaldabholzung / Monokulturen/Exportlandwirtschaft / Atomtechnologie / **Hören Sie mir bloß auf mit Vietnam** / BUKO-Presseerklärung: Ein Tag für Afrika / Für jede Mark in Afrika einen Groschen für die BRD

ila-info Nr. 82, Januar 85 Römerstr. 88, 5300 Bonn 1
Schwerpunkt: **Militarisierung im Südatlantik:** Südamerikas Armeen werden traditionell zur Unterdrückung der eigenen Bevölkerung eingesetzt, gleichzeitig werden sie für zwischenstaatliche Kriege ausgerüstet. / **Uruguay:** Ein Wahlsieg der Colorados und das alte Märchen von der nationalen Torte / **Der Mörder und der Fernsehmann** - eine wahre Geschichte aus El Salvador / **Guatemala:** Unheilige Verbündete Israel und Südafrika / **Kirche:** Der Plan "Horse" oder wie der CIA die katholische Kirche vor seinen Karren spannt / **Ländernachrichten** aus Chile und Grenada / **Braziliens:** Erfolg der Bauern von Sao Joao / **GEW:** Geldgründe waren's nicht - Erziehung und Wissenschaft wirbt für rechte Lateinamerika-Literatur / Diskussionsbeitrag "Frieden und Dritte Welt": Wem nutzt eine Auflösung des KA?!

MEDIATUS Sondernummer Nicaragua Jan. 85
Forschungsinst. f. Friedenspolitik, Pf. 1529, 8130 Starnberg
Geschichte und Situation Zentralamerikas und die sandinistische Revolution / Die innenpolitische Entwicklung seit 1979 und die Wahlen 1984 / Die wirtschaftliche Entwicklung / Die militärische Lage / Die Position und Außenpolitik der USA gegenüber Nicaragua / Nicaragua oder die USA in der Isolation?

TERMINE

Schöne Dritte Welt

Ausstellung von Dieter Masuhr in der
Galerie im Körnerpark, Schierker Str. 8, 1000 Berlin 44
1. - 24. März, Dienstag - Sonntag 11 - 18 Uhr
Die Ausstellung zeigt Masuhrs Ansichten der reichen, armen 'Schönen Dritten Welt' in den Zeichnungen der afrikanischen Plantagenarbeiter, in den tropischen Landschaften, in den komplizierten, großen Bildern aus Nicaragua.

Begleitprogramm in der Ausstellung:

-Dieter Masuhr

Führung durch die Ausstellung

3. 3., 10. 3., 17. 3. u. 24. 3. jeweils 15 Uhr

-Diskussionsveranstaltung

Mittelamerika - Welche Zukunft?

Parker Anderson, Dir. des Amerikahauses; Erich Süßdorf, FDCL;
Bernd Schleich, ehem. DED

Dienstag, 12. 3., 20 Uhr

-Diskussionsveranstaltung

Zum Beispiel Brüdergemeine und Misquitos - Christen und Kirche in Nicaragua

Pfarrer Albert Schönleber, Pfarrer Klaus Schimpf, Pfarrer Reinhardt Tietz.

Dienstag, 19. 3., 20 Uhr

-Musik zum Zuhören und Tanzen

AYACUCHO

Sonntag, 24. 3., 17 Uhr

Den Frauen die Hälfte des Himmels... (T)

FRAUSEMINAR IN MANNHEIM (26. - 28. April 1985)

Bei dem Seminar wollen wir uns hauptsächlich mit der Situation von Frauen in Lateinamerika beschäftigen. Dazu haben wir Themen ausgesucht, bei denen der Zusammenhang zu unserer Situation in der BRD offensichtlich ist.

Bevölkerungspolitik

Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten

Organisierung und politische Arbeit

Kinderbetreuung ist organisiert, um Müttern die Teilnahme zu erleichtern.

Ausführliche Information (auch über den Teilnehmerinnenbeitrag) und Anmeldung bis spätestens 10. April 1985 bei:

Informationszentrum 3. Welt "Frauengruppe"

C 3,10 - Tel.: 0621/22 453

6800 Mannheim

Kreuzberg am Rio de La Plata - Buenos Aires am Landwehrkanal

Unter diesem Motto organisiert das Kunstamt Kreuzberg im Ballhaus Naunynstrasse eine musikalische Veranstaltungsreihe mit Alejandro Barletta und Jorge Aravena.

Alejandro Barletta bringt das Bandoneon wieder dahin, wo es herkam: nach Europa, und spielt klassische und moderne europäische Musik auf dem Instrument, bei dem wir allemal "Tango" assoziieren.

Jorge Aravena verpflanzt den Tango vom Rio de la Plata an den Landwehrkanal: der Tango ist ihm die angemessene Form, um seine Erfahrungen mit Kreuzberg in Text und Musik auszudrücken.

BANDONEON: VON BAROCK BIS AVANTGARDE

- Alejandro Barletta -

8., 9. und 17. 3. 20 Uhr

Eintritt 12,- / 10,- DM

Ballhaus Naunynstrasse 27, 1000 Berlin 36

Alejandro Barletta studierte Musik bei Daniel Lesur in Paris und gründete in Buenos Aires eine Bandoneon-Akademie. Seine Kunstfertigkeit auf diesem Instrument hat internationale Komponisten von Rang dazu veranlaßt, für das Bandoneon und für ihn zu komponieren.

"Alejandro Barletta ist ein außergewöhnlicher Künstler. Für mich war seine Kunst eine Offenbarung. Er ist ein Künstler, der in die Reihen der Großen unserer Zeit gehört." (Pablo Casals)

Alejandro Barletta wird klassische und moderne europäische Werke mit seinem Instrument interpretieren und eigene Kompositionen - "natürlich" auch Tangos - zum Teil zum ersten Mal spielen.

KREUZBERG - TANGO

- Jorge Aravena -

10., 15. und 16. 3. 20 Uhr

Eintritt 12,- / 10,- DM

Ballhaus Naunynstraße 27, 1000 Berlin 36

Jorge Aravena, lateinamerikanischer Pädagoge, Sänger und Liedermacher, aufgewachsen in Buenos Aires, Argentinien. Studium der audiovisuellen Kommunikation in Buenos Aires. Vier Jahre Professor an der Universität von Chile in Chillán. Acht Jahre Aufenthalt in Ecuador. Zahlreiche Platten- und Buchveröffentlichungen, die in einer in Deutschland kaum bekannten Art literarisch überhöhte Dokumentation, Bild und Musik miteinander verbinden.

Seit einem Jahr lebt Aravena in Berlin. "Kreuzberg-Tango" spiegelt die Kreuzberg-Erfahrungen Aravenas in Text und Musik wider. Der Tango ist eine Form der Auseinandersetzung mit den Problemen der Großstadt, sei es Buenos Aires, London, New York, Tokio oder eben: Berlin.

Mit Jorge Aravena spielen Carlos Mieres (Gitarre), es tanzen Margaretha Goebel und Manfred Bastin.

Kartenvorbestellungen bei Kunstamt Kreuzberg, Tel.: 25 88 25 06

TRIALOG

Zeitschrift für das
Planen und Bauen
in der Dritten Welt

* ein Journal für Raumplaner, Soziologen, Ökonomen und
Entwicklungsplaner

* ein Journal zum Austausch beruflicher Erfahrungen im
Bereich städtischer Entwicklungen in der Dritten Welt.

Die thematische Bandbreite von Trialog umfasst:
Architektur und nationale/regionale Kulturen
Verstädterung und Wohnungspolitik
Arbeitsfelder in der Dritten Welt
und die Rolle der ausländischen Planer

- | | | |
|---------------------------|----------|--------------|
| TRIALOG | 1 | Oktober 1983 |
| WOHNUNGSBAU FÜR DIE ARMEN | | |
| TRIALOG | 2 | Januar 1984 |
| REGIONALPLANUNG | | |
| TRIALOG | 3 | Juni 1984 |
| AUSBILDUNG & BERUFSBILD | | |
| TRIALOG | 4 | Oktober 1984 |
| DIE HÄUSER DER REVOLUTION | | |
| TRIALOG | 5 | März 1985 |
| GHETTO | | |

Trialog kostet als Einzelheft:
für Studenten
(mit Bescheinigung) 6,-- DM
Einzelpersonen 9,-- DM
für Institutionen 12,-- DM

Trialog kostet im Abonnement
(4 Ausgaben):
für Studenten 24,-- DM
für Einzelpersonen 32,-- DM
für Institutionen 48,-- DM

TRIALOG
c/o PLANEN UND BAUEN
THD
PETERSENSTR. 15
D - 6100 DARMSTADT
TEL: 06151-163637

WECHSEL WIRKUNG

Zeitschrift für
TECHNIK NATURWISSENSCHAFT
GESELLSCHAFT



Schwerpunkt: Gewerkschaften und
Technik — Ein neues Verhältnis?:
Kollege Ingenieur — Illusion oder
realistische Utopie? * Ingenieur-
arbeitskreis Nürnberg * Technologiekritik
und betrieblicher Alltag * Die
Technik beherrschen — nicht nur die
sozialen Auswirkungen * Gewerk-
schaftliche Technologieberatung *
Über die Schwierigkeit, alternative
Produktion in den Betrieben umzu-
setzen *
Weitere Themen: Alu sammeln — ein
Ausweg? * Die Tücken des Altpapiers
* Beobachtungen bei einem VHS-
Kurs „EDV für Frauen“ * Die
sexistische Ordnung der Naturwissen-
schaften * Karl-Hofer-Symposium 84
in Berlin * Nordseekonferenzen *
Genspalte *

WECHSELWIRKUNG berichtet über politische Aktivitäten im naturwissenschaftlich-
technischen Bereich, Gewerkschaften und soziale Konflikte.

WECHSELWIRKUNG analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion
von Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf.

WECHSELWIRKUNG ist ein Diskussionsforum für Naturwissenschaftler, Ingenieure
und Techniker.

WECHSELWIRKUNG erscheint vierteljährlich.

Bestellungen an: WECHSELWIRKUNG, Gneisenaustr.2, 1000 Berlin 61

DM 6,- Einzelheft (+ Versandkosten), DM 24,- Abonnement für 4 Hefte (incl. Versandkosten)